

# 1. Teil

## Von der Kolonisation zur Expansion

### Das erste Jahrhundert der deutschen Ostkolonisation

Im zehnten Jahrhundert gründeten die Westslawen im Flußgebiet der Weichsel, der Oder und ihres Nebenflusses, der Warthe, den polnischen Staat. Polabische Stämme an der Elbe (die Elbe hieß bei den Slawen Leba) wurden nächste Nachbarn der Deutschen. Die Feindseligkeiten und Kämpfe zwischen den deutschen Königen, ihren Lehnsherren, und den Slawen gehen bis auf das 9. Jahrhundert zurück. Mit dem Recht des Stärkeren hatten die sächsischen Könige Heinrich I. und Otto I. Länder der polabischen Slawen in Besitz genommen und dort ihre Marken errichtet<sup>1</sup>. Die von ihnen eingesetzten Markgrafen führten mit bestialischer Grausamkeit den Krieg gegen die sich widersetzenden Slawen fort.

Der in Posen residierende polnische Herzog Mieszko I.<sup>2</sup> zog es vor, sich der Übermacht des Markgrafen Gero zu unterwerfen, der als Träger der Ostpolitik Kaiser Otto des Großen im Jahre 963 über die mittlere Oder in das Warthegebiet eingefallen war. Die Einbeziehung der Erzbischöfe und Bischöfe in die Ostpolitik Kaiser Ottos hatte die Kolonisation zwischen Elbe und Oder mit der als Mission bezeichneten christlichen Eroberungspolitik gekoppelt. Mit dieser Methode drangen sie jetzt weiter gegen die „heidnischen“ Slawen vor. Nur die „Annahme des Christentums“ und die Anerkennung der kaiserlichen Oberhoheit als „Schutzmacht“ konnte eine Verwüstung des Landes durch die vom Kaiser eingesetzten Markgrafen verhindern. Diese Eroberungspolitik mit verteilten Rollen nährte Kaiser, Kirche und Markgrafen und vermehrte ihre Macht. Mieszko I. zahlte zwar regelmäßig die geforderten Abgaben, die vornehmlich aus dem fruchtbaren Teil seines Landes an der Warthe stammten, aber er brachte den Mut auf, gegen kaiserlichen Wunsch die kirchliche Organisation Rom zu unterstellen und sich dadurch eine gewisse Selbständigkeit zu bewahren.

In Krakau herrschte seit 1229 Heinrich der Bärtige, Herzog von Breslau. 1234 brachte er große Teile Großpolens in seinen Besitz. Er heiratete eine deutsche Prinzessin und förderte die deutsche Einwanderung und Kolonisation. Dabei hoffte er, sein Herzogtum auf einen höheren wirtschaftlichen und kulturellen Stand zu bringen und Voraussetzungen für weitere Eroberungen zu schaffen. Folge seiner Politik war allerdings die Verdrängung des Polentums in Schlesien, das im 14. Jahrhundert, vom polnischen Gebiet losgerissen, zum böhmischen Reich kam.

An der mittleren Weichsel und am Bug regierte Konrad von Masowien. Auch ihm genügte sein fruchtbares Land nicht. Wie andere polnische Adlige holte er sich militärische Hilfe: Ruinierte deutsche Ritter, die slawisches Land erober-ten, um wieder unabhängige Grundherren zu sein; Priester, die nach deutschen Klöstern in slawischen Ländern strebten, und sogenannte dienende Brüder waren als Deutscher Orden<sup>3</sup> eine unheilige Allianz zur Bekämpfung der „Ungläubi- gen“ eingegangen, von der sie sich Landbesitz versprachen. Unter dem Vor- wand der Ausbreitung des Christentums unterwarfen sie die ansässige Bevölke- rung und machten sie dienst- und abgabepflichtig. Ihre „Hilfe“ wurde von polnischen Fürsten im Kampf gegen die Pruzzen in Anspruch genommen. Sie ahnten nicht, wie folgenschwer sich diese „Hilfe“ auswirken sollte. Der Orden eroberte schließlich das ganze Land der Pruzzen und besiedelte es gegen den Widerstand der Bevölkerung mit deutschen Kolonisten. Alle, die sich wider- setzten, wurden ausgerottet oder versklavt. Auch Konrad von Masowien mußte erleben, welche Konsequenzen es hatte, fremde Hilfe ins Land zu holen. Für die militärische Unterstützung des Deutschen Ordens gegen die Pruzzen hatte er dem Orden im Jahre 1230 das Kulmer Land zwischen Weichsel, Ossa und Drewenz geschenkt. Weder er noch die Beschenkten hatten Rücksicht darauf genommen, daß sie in Ländereien eindrangen, in denen sie keinen Machtan- spruch hatten. Großzügig hatte er im Namen „ganz Polens“ mit seinem Siegel und dem aller Herzöge von Polen das „Geschenk“ bekräftigt. Als Landesmei- ster Hermann Balk mit seinen Deutschrittern an der Weichsel erschien und die Stadt Thorn gründete, war es zu spät. Die Ritter lösten mit für die Polen über- raschender Schnelligkeit und Gründlichkeit das Land vom polnischen Staat und begannen „mit Feuer und Schwert“ ihre Missionstätigkeit. „Heidnisches“ Ge- biet durfte ihrer Meinung nach mit dem uneingeschränkten „moralischen Recht zur Christianisierung“ angegriffen werden. Die eroberten Gebiete wurden teils von deutschen Rittern als Lehen, teils von Ordensbrüdern selbst besetzt.

Über das „erste Jahrhundert der deutschen Ostkolonisation“ schrieb der Gne- sener Erzbischof Swinka in einem Brief an den Papst im Jahre 1285: „Andere Übel wurden durch den Einfall der Deutschen vermehrt, denn das polnische Volk wird durch jene unterdrückt, unterjocht, seiner wohlloblichen Rechte und Volksbräuche beraubt und in der Stille der Nacht in seinen eigenen Wohnstät- ten überfallen.“

Ritter und Markgrafen vergrößerten ihre Gebiete später durch Zusammenle- gung. So entstand durch Integration des „Ordensstaates“ mit der Mark Brand- enburg jener Preussische Staat<sup>4</sup>, der auf Kosten Polens Besitz und Machtbe- reich weiter vergrößerte.

## Die Preußen kommen

Im 18. Jahrhundert lebten in Preußen nicht mehr als zwei Millionen Menschen, dennoch hielten sich die preussischen Könige ein starkes Heer. Ein Staat in Waffen war für sie gleichbedeutend mit dem preussischen Nationalgefühl. „Bedenken Sie, daß Sie Preußen sind!“ sagte Friedrich II. Und seine Beamten und Offiziere bedachten es. Sie kannten den Rekrutenfang aus der Zeit des „Solda-

tenkönigs“, der seinem Sohn Friedrich 1740 ein Heer von 90 000 Mann hinter- ließ. Bis 1752 hatte Friedrich II. das Heer bereits auf 136 000 Mann vergrößert. Als ihn, wie viele Heerführer vor und nach ihm, der Tod im Bett ereilte, hin- terließ er 200 000 Mann in Waffen. Dreiviertel aller Staatsausgaben dienten „militärischen Zwecken“. Adel, Junkern und Gutsbesitzern blieb es vorbehalten, die hohen Offizierschargen zu besetzen; den Leibeigenen, sie und den Feudalstaat zu unterhalten. Für den Offizier war der Soldat das gleiche, wie für seinen Vater der leibeigene Bauer, dessen Sohn sich „anwerben“ ließ. Seine Dienstzeit dauerte 25 Jahre und länger – wenn er sie überlebte. Es herrschte strengste Disziplin, die durch grausame Körperstrafen aufrechterhalten wurde. So war das Leben des Soldaten – nicht anders als das seines leibeigenen Vaters – eine elende Schinderei. Der Stock gehörte zur Dienstausrüstung des Unteroffi- ziers wie die Reitpeitsche zum sozialen Prestige des Junkers. Die Prügelstrafe lehrte gehorchen – von der Wiege bis zum Grabe. Gehorsam gegenüber der Obrigkeit war auch das Brot der geschulten Bürokratie. Von ihr verlangte der König, wie von seinen Soldaten, schematische Pflichterfüllung und blinden Ge- horsam. Für ihn waren sie alle Untertanen. Denken war weder gefragt noch er- laubt.

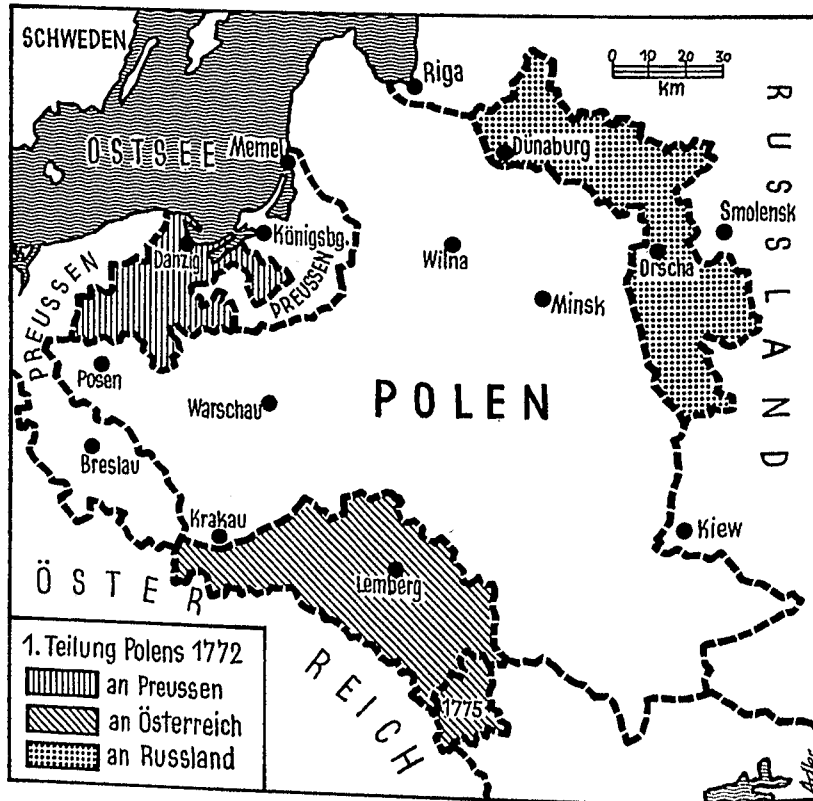
Solchermaßen gut organisiert und vorbereitet, begann Friedrich II., seinen Mi- litär- und Feudalstaat weiter auszudehnen und der Große zu werden. Er setzte die Macht- und Eroberungspolitik seiner Vorgänger fort und führte, gleich nachdem er 1740 den Thron bestiegen hatte, den ersten Schlesischen Krieg.

Das Polen der Pans, in dem die Feudalherren ähnlich wie in Deutschland die Bauern ausbeuteten, hatte keine Macht. Es befand sich im Zustand des Verfalls. Dem zentralen monarchischen Herrschaftssystem seiner westlichen und östli- chen Nachbarn gegenüber war die polnische Adelsdemokratie rückschrittlich und wehrlos. Zudem machte die Zersplitterung und Uneinigkeit des Großadels und der Schlachta (Kleinadelskaste), der gegenüber das Königtum machtlos war, Polen zur leichten Beute seiner Nachbarn.

In den beiden Schlesischen Kriegen (1740–1742 und 1744–1745) und dem fol- genden Siebenjährigen Krieg (1756–1763) eroberte das Preußen Friedrich II. den größten Teil Schlesiens, das seit 1526 den Habsburgern gehörte. 1764 schloß Preußen den Pakt mit Rußland, und 1772 unterzeichneten Preußen, Österreich und Rußland jenes Abkommen, das die erste Teilung des polnischen Staates besiegelte. Rußland nahm sich einen Teil Weißrußlands, Österreich Ga- lizien, und Preußen sicherte sich das eroberte Ermland, das Kulmer Land, das Netzegebiet, Schlesien und das Gebiet, das Ostpreußen mit Brandenburg ver- band – Westpreußen. Friedrichs Vater hatte das System der Kolonisation vor- exerziert. 1733 hatte er ungefähr 18 000 Protestanten, die der Erzbischof von Salzburg zur Auswanderung trieb, in Ostpreußen angesiedelt. Friedrich II. schickte 50 000 Einwanderer in die Kurmark, 3 000 in die Neumark, 12 000 nach Schlesien, 11 000 nach Pommern, 12 000 nach Ostpreußen.

Die Politik Preußens blieb auch nach dem Tode Friedrich II. auf Festigung der eroberten Gebiete, Germanisierung und weitere Ausdehnung des Herrschafts- bereiches gerichtet. 1793 beschlossen Preußen und Rußland die zweite Teilung Polens. Preußen ließ Truppen unter Feldmarschall Möllendorf einrücken. Ruß- land besetzte 4 157 Quadratmeilen, in denen drei Millionen Menschen lebten. Preußen erhielt 1 000 Quadratmeilen Polens, die es sich als „Südpreußen“ ein-

Karte 1



verleibte. Außerdem annektierte es die Städte Danzig und Thorn. So gerieten annähernd 1 100 000 Polen unter preußische Verwaltung. Polen war auf ein Drittel seiner ursprünglichen Größe zusammengeschrumpft.

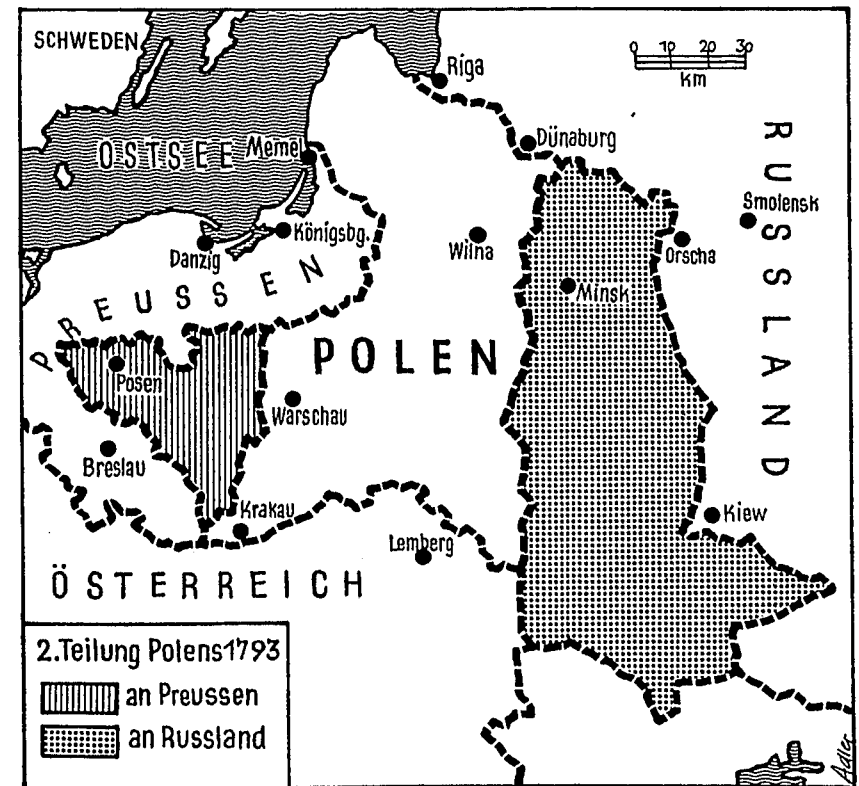
Die Polen wehrten sich, so gut sie konnten. 1794 brach ein Aufstand gegen den Zarismus aus, der die Unabhängigkeit Polens und die Durchführung der 1791 beschlossenen Verfassung zum Ziel hatte.<sup>1</sup> An der Spitze dieses Befreiungsversuchs stand der polnische Nationalheld General Tadeusz Kościuszko.<sup>2</sup> Weder ihre Tapferkeit noch ihr moralisches Recht half den Polen gegen die Übermacht der großen Drei. Allein Preußen entsandte 25 000 Mann, um den Aufstand niederzuschlagen. Von Juli bis September 1794 lagen die preußischen Truppen vor Warschau, ohne es einnehmen zu können. Als dann die Russen eingriffen und den verwundeten Kościuszko gefangennahmen, brach der Aufstand zusammen. Am 4. November nahmen die Russen Warschau ein, und es kam zur dritten Teilung Polens. Der polnische König Stanislaus, ein Günstling der Zarin Katharina, unterzeichnete seine Abdankung. Das Königreich Polen existierte nicht mehr.

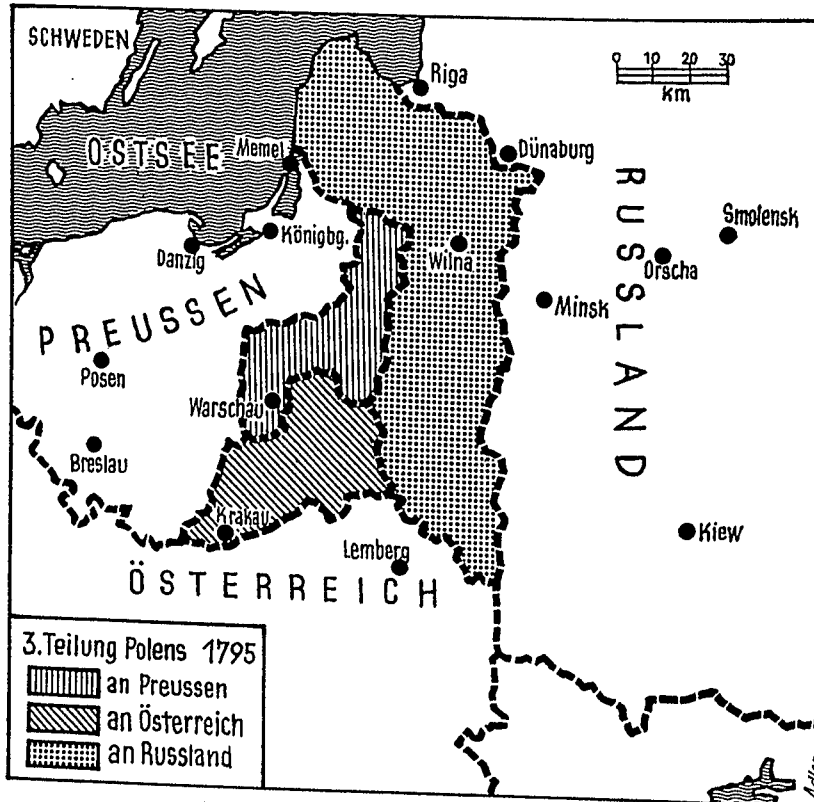
Die Annexionsstaaten Preußen, Österreich und Rußland versuchten, die territorialen und machtpolitischen Bereicherungen durch förmliche Anerkennungen

und Besitznahme-Manifeste zu verschleiern. Sogenannte „alte Rechte“ wurden hervorgehoben, an die die Eroberer selbst nicht glaubten, die sich aber propagandistisch damals genauso ausbeuten ließen wie heute. So war Friedrich II. zwar von der „rechtmäßigen“ Erwerbung Schlesiens überzeugt (die er durch drei Kriege von insgesamt 11 Jahren glaubte gerechtfertigt zu haben) – aber über die Annexion Westpreußens erklärte er selbst: „Wir wollen für die Gültigkeit unserer Rechte nicht einstehen, auch nicht für die der russischen, noch weniger für die der österreichischen.“<sup>3</sup>

Nach dieser dritten Teilung Polens war der unterhalb der Wasserscheide zwischen Oder und Weichsel liegende Lodzer Raum auf der Landkarte noch ein fast unbekannter Fleck inmitten polnischer Wälder, die jetzt zu „Südpreußen“ gehörten. Etwa 200 Seelen, wie man damals sagte, umfaßte die aus polnischen Bauern bestehende Bevölkerung. Das Land gehörte den kujawischen Bischöfen.<sup>4</sup> Als die Preußen in das Gebiet kamen, zog der preußische Fiskus das bis dahin „geistliche“ Lodz ein und begann es zu kolonisieren. Jetzt durften sogar Juden in die Stadt ziehen, die ihnen bis dahin durch die Bischöfe versperrt worden war. Sogenannte „Reichskolonisten“ siedelten sich im Lodzer Raum an, um aus ihm ein Stück deutsche Heimat zu machen. Praktisch sah das so

Karte 2





aus, daß Anwerber des Preußenkönigs in Deutschland, vorwiegend in Schwaben, mit und ohne Anwerbebüros, der Bevölkerung Land und ein besseres Leben im eroberten Ostraum versprochen. Sie sollten die jetzt dem preussischen Staat gehörenden Wälder und Sümpfe kolonisieren.

Die erste Welle der angeworbenen Siedler verließ das Land allerdings bald wieder, ärmer als zuvor. Inzwischen lernten preussische Beamte, die Kolonisierung besser zu „organisieren“. Polnische Bauernhöfe wurden mit Deutschen besetzt. Alteingesessene Polen, die bis dahin auf dem Gelände bis zum äußersten Südwesten des Lodzer Gutsbezirkes saßen, mußten weichen. In kurzer Zeit war eine Reihe preussischer Staatskolonien entstanden, vollbesetzt mit deutschen Bauern<sup>5</sup>. Es bildeten sich sogenannte „Schwabenkolonien“. „Zu Ehren des preussischen Königs“ gab man den Kolonien Namen wie zum Beispiel „Friedrichshagen“.

Deutsche Geschichtsbücher und Historiker erklärten seitdem, daß zwar die Teilungen Polens „umstritten“, die Einverleibung polnischen Landes durch Friedrich II. aber „sittlich gerechtfertigt“ sei, da „seine Beamten durch unermüdlige und einsichtige Arbeit Land und Volk aus einem Zustand greulicher und schandbarer Verwahrlosung“<sup>6</sup> herausgehoben hätten. Das Märchen von

den klugen, sauberen, ordentlichen und fleißigen Deutschen, die das Land aufbauten und den unterentwickelten, schmutzigen, faulen, primitiven Ostmen schen erst die Kultur brachten, wurde geboren. Generationen deutscher Menschen wurde in Schul- und Militärzeit dieses Geschichtsbild vermittelt, das sie unkritisch übernahmen. Es wurde eine der Grundlagen, auf der die Herrscher und Regierungen ihre Expansionspolitik aufbauten. Lange bevor Hitlers Rassenwahn zur Staatsdoktrin erhoben wurde, praktizierten Deutsche in Polen diese Herrenmenschenlehre. Wie gut das Geschäft mit dem „greulich verwahrlosten Land“ für Preußen war, zeigt die Landkarte. Preußen wurde auf Kosten der Polen aus verschiedenen territorialen Gebilden zu einem großen Ganzen. Brandenburg-Pommern-Preußen-Schlesien – ein Konglomerat von Ländern ohne eine gemeinsame Vergangenheit, dessen einziges Band das Streben der Hohenzollern nach Macht und Größe war, wurde zur Großmacht, als Polen längst aufgehört hatte, unter den Mächtigen eine Rolle zu spielen. Protest und Widerspruch, Aufstand und Revolution halfen angesichts der Einigkeit der drei Großmächte wenig. Polen blieb geteilt. Ein Teil davon besetzt von Preußen. Auch der Lodzer Raum. Die „polnische Frage“ war damit allerdings nicht gelöst. Deutschland blieb sie schwer im Magen liegen. Es sah sich mit einem großen slawischen Bevölkerungsanteil konfrontiert, der nicht gewillt war, sich „eindeutschen“ zu lassen. Das polnische Reich hatte zwar aufgehört zu existieren, aber die polnische Bevölkerung blieb. Ihre Staatsführung hatte versagt, aber ihr Patriotismus, ihr Kampf um Freiheit und Wiederherstellung des Reiches überdauerte jede Fremdherrschaft.

## Die Baumwollstadt des Ostens und ihre Vorgeschichte

Napoleons Drang nach Osten machte den preussischen Kolonisationsbestrebungen vorerst ein Ende. In der Doppelschlacht bei Jena und Auerstedt wurden die Preußen 1806 von den französischen Truppen vernichtend geschlagen. Jetzt wollte Napoleon Europa „neu ordnen“. Er schlug dem Zaren Alexander I. vor, Europa in Interessensphären aufzuteilen. Er wollte den Westen – Zar Alexander I. sollte den Osten Europas beherrschen. Preußen hätte das Schicksal Polens erlitten, aber Alexander I. hatte wenig Interesse, in direkter Nachbarschaft mit einem so starken und gefährlichen Rivalen wie dem Frankreich Napoleons zu leben. Die geographische Lage Preußens machte seine Existenz als Pufferstaat für den Zaren interessant. Seine potentielle Kraft, vorerst zwar geschwächt, konnte sich außerdem nach Lage der Dinge nur gegen den Eroberer Napoleon richten.

So wurde Preußens Territorium im Frieden von Tilsit 1807<sup>7</sup> nur stark beschnitten. Preußen hatte den Krieg verloren und mußte unter anderem mit einem Teil jener Gebiete zahlen, die es vorher den Polen weggenommen hatte. Aus dem größten Teil, den Preußen bei den Aufteilungen Polens erhalten hatte, bildete Napoleon das Großherzogtum Warschau, das er seinem Bundesgenossen Friedrich August, König von Sachsen, gab. Zu ihm gehörte der Lodzer Raum. Kolonien wie „Friedrichshagen“ wurden jetzt, zu Ehren des neuen Großherzogs

von Warschau, umbenannt in „Augustow“. Friedrich Augusts neue Herzogswürde war allerdings nur von kurzer Dauer. Mit der Niederlage Napoleons in Rußland begann die Macht seines Kaiserreiches und damit auch die seiner Günstlinge schnell zu sinken. Die nationalen Bewegungen gegen den französischen Eroberer erhielten Zulauf. Die Völker verbündeten sich gegen den französischen Unterdrücker. Polen und Preußen kämpften gemeinsam mit den Völkern Europas für die Befreiung. Die Reste des französischen Heeres wurden 1813 in der „Völkerschlacht“ bei Leipzig besiegt. Napoleon mußte abdanken. Der Traum von der polnischen Freiheit war für ein Jahrhundert ausgeträumt.

Karte 4



Und wieder einmal wurde die Landkarte verändert. Das „Komitee der Vier“, das aus Vertretern der Siegermächte England, Rußland, Österreich und Preußen bestand, tagte in Wien. Man schrieb das Jahr 1815. Die Tagung ging als „Wiener Kongreß“ in die Geschichte ein. Frankreich mußte die eroberten Gebiete zurückgeben und wurde lediglich in seinen Grenzen von 1792, vor Beginn der Revolution und der Eroberungskriege Napoleons, bestätigt. Die Siegermächte bemühten sich, das Rad der Geschichte zurückzudrehen und die durch

die Französische Revolution entthronten Herrscherhäuser und Verhältnisse zu restaurieren. Zur Festigung dieser Restauration gründeten sie 1815 die „Heilige Allianz“, einen Bund der Herrscherhäuser Rußlands, Österreichs und Preußens. „Im Namen der Religion“ verpflichteten sie sich zur gegenseitigen Hilfeleistung bei der Niederschlagung jeglicher Revolution. Monarchen aller europäischen Länder (außer England) schlossen sich dem Bund an. Hinter der Maske der Heiligen Allianz aber verbarg sich, wie Karl Marx es nannte, die „Hegemonie des Zaren über alle europäischen Regierungen“<sup>2</sup>. Ein Teil des ehemaligen Polen sollte jetzt, nach Beschluß des Wiener Kongresses, als polnischer Staat in beschränktem Umfang zugelassen werden, wobei er eine Personalunion mit Rußland eingehen mußte. So geriet der größte Teil des ehemaligen Großherzogtums Warschau als „Königreich Polen“ unter die „Schutzherrschaft“ Rußlands. Zu diesem als „Kongreß-Polen“ bezeichneten „Königreich“ gehörte auch die Stadt Lodz. Ihre Verwaltung wurde wieder polnisch – aber ein großer Teil des Personals bestand weiter aus preussischen Beamten, die dort geblieben waren. Auch die Einwanderung von Deutschen in den Lodzer Raum hielt an, von amtlichen Stellen und privater polnischer Seite gefördert. Da es an eigenen qualifizierten Kräften fehlte, war die polnische Regierung besonders bemüht, deutsche Fachkräfte zu gewinnen, um das Entwicklungsdefizit der polnischen Industrie, die durch die lange Fremdherrschaft stark gelitten hatte, zu beseitigen. Der polnische Landadel legte für diese Fachkräfte neue Städte an, wie Ozorkow, Alexandrow und Konstantynow, und ließ sogar evangelische Kirchen für die deutschen Einwanderer bauen.<sup>3</sup>

Rußland kümmerte sich wenig um die wirtschaftlichen Belange Kongreß-Polens. Ihm kam es vielmehr darauf an, die Freiheits- und Selbstständigkeitsbestrebungen der Polen zu unterdrücken. Wirtschaftliche Betätigung war das, was den Bewohnern blieb. Sie nutzten diese Möglichkeit besonders in Lodz. 1820 erließen die Russen eine Regierungsverordnung, die es dieser Stadt erlaubte, eine Fabrikgemeinde mit 200 Bauplätzen zu errichten. Die Regierungsverordnung lockte Ausländer an. Ein besonderes Statut setzte Vorteile fest, die ausländische Fabrikanten und Tuchmacher genießen sollten.

Am Anfang der industriellen Entwicklung der bisher unbedeutenden Stadt Lodz stand die Erkenntnis, daß sich Lodz durch die dort vorhandene Wasserkraft besonders als Standort für Industrieanlagen anbot. Der für Lodz zuständige Wojewode Rembielinski holte sächsische Baumwoll- und Leinenfabrikanten ins Land. Tuchmacher und Strumpfwirker aus Schlesien und Sachsen folgten. 1827 war das ehemalige Mühlengelände bereits in fünf „Wasserfabrik-Besitztümer“ aufgeteilt, die bis zu 3/4 qkm groß waren. Deutsche Fabrikanten und Handwerker, durch die Einfuhr billiger englischer Textilien in Not geraten, siedelten sich an.<sup>4</sup> Andere, die ein Geschäft witterten, folgten nach. So unter anderen Großbetriebe wie die Leinenspinnerei von August Rundzieher, die Mangel- und Bleichunternehmen von Titus Kopisch und die Baumwollspinnerei von Wendisch.

1829 hatte Lodz eine Einwohnerzahl von 4 000. Zehn Jahre später lebten bereits 20 000 Menschen in der Stadt. Für die deutschen Textilfabrikanten begann die Phase des Großverdienens. Die Entwicklung der Textilindustrie im Gebiet von Lodz machte weitere Fortschritte, als sich auch das weite russische Hinterland als Markt für sie öffnete. Fabrikanten und Fachleute erkannten, welche



fantastische Chance sich ihnen hier bot. Ihre Zuwanderung leitete die kapitalistische Welle deutscher Ostexpansion ein, die zu größeren deutschen Niederlassungen führte, nicht nur in Lodz, sondern bis in das Gebiet von Lublin und in das Cholmner Land hinein. Die Förderung der Textilunternehmen machte Lodz in kurzer Zeit zur Baumwollstadt des Ostens, die zunächst für Polen und nach dem Fall der Zollschranke zwischen Kongreß-Polen und Rußland (1851) auch für die russische Textilindustrie zum Zentrum wurde.

### Die „Väter von Lodz“

Das erste Großunternehmen auf Lodzer Boden war die Baumwollspinnerei des Fabrikanten Wendisch aus Chemnitz. In kurzer Folge wuchsen immer neue Fabrikbauten empor. Ihre Unternehmer gingen als „Väter von Lodz“ in die Literatur<sup>1</sup> ein. Einer von ihnen war der Berliner Ludwig Geyer. Er ließ 1835 ein

Gebäude errichten, das zu den größten Lodzer Fabrikbauten zählte, die bis heute sogenannte „Weiße Fabrik“. Heute dient sie als Textilmuseum. Ludwig Geyers Fabrikantenkarriere begann 1829, als er in Lodz einen Bauplatz mit dazugehörigem Gewässer erwarb. 1839 war er nicht mehr auf die Wasserkraft angewiesen. Geyer wurde der erste Unternehmer, der in Lodz eine Dampfmaschine in Betrieb nahm. Erste mechanische Webstühle folgten – Totengeläut für seine bisherigen Weber, von denen viele als Heimarbeiter im Lohnarbeitsverhältnis standen. 1841 beschäftigte er bereits annähernd 800 Arbeiter in eigenen Fabrikgebäuden. Ludwig Geyer wurde als erster in Lodz zum Millionär.

Ein anderer „Vater“ wurde Karl Scheibler, Sohn eines Großindustriellen aus Monschau, unweit Eupen. Er errichtete 1853 in Lodz eine Großspinnerei, der in den 60iger Jahren eine mechanische Weberei folgte. Seine Besitzungen dehnten sich fast über das ganze Jasiental aus. Man nannte ihn den „Baumwollkönig von Lodz“. Bei dem Großindustriellen Scheibler wurde die Entwicklung von der Manufaktur zur Industriearbeit besonders deutlich. 1860 ließ er an 400 Webstühlen mit 40 000 Spindeln arbeiten. Bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges waren es bereits 5 000 Webstühle und 220 000 Spindeln. Scheibler beschäftigte 11 000 Arbeiter und besaß damit einen der größten Textilbetriebe Europas. „Der Jahreswert der Erzeugung der Lodzer Baumwollindustrie stieg von vier Millionen Rubel im Jahre 1864 auf 72,5 Millionen im Jahre 1900; die Zahl der Spindeln wurde in der gleichen Zeit verneunfacht und hatte die Million überschritten ...“<sup>2</sup> Scheibler gründete die Landesbank und einen Kreditverein. In schneller Folge entstanden weitere Firmen von: Robert Biedermann (1863), Karl Eisert (1864), Friedrich Eisenbraun (1865), Karl Bennich, Friedrich Wilhelm Schweikert, Eduard Hentschel (1865), J. John (1866), Julius Heinzel usw. Billige Baumwollwaren von Lodz überschwemmten bald den riesigen russischen Markt. 1864 befahl Alexander II., Zar und Herrscher aller Rußen, König von Polen, Großherzog von Finnland, den Bau einer Eisenbahnlinie, die Lodz mit der Strecke Warschau-Wien verbinden sollte. Der Bahnbau wurde deutschen und jüdischen Bankiers und Unternehmern übertragen. Der extra aus Warschau gekommene kaiserliche Statthalter Graf Berg erklärte anlässlich der Eröffnung der Lodzer Fabrikbahn am 19. November 1865: „Die Stadt Lodz verdankt ihren Wohlstand der deutschen Industrie, dem Unternehmungsgeist der Deutschen und dem deutschen Fleiß. Ich glaube, diesen Bewohnern einen guten Rat zu geben, wenn ich sie zur treuen Nachahmung der Tugenden ihrer Väter und zum beständigen Festhalten am deutschen Charakter ermuntere. Einer jeden Nationalität im Königreich Polen das zu geben, was ihr gehört, ist der Wille unseres allergnädigsten Monarchen.“<sup>3</sup> Einer jeden Nationalität – mit Ausnahme der polnischen, die dort zuhause war. Die Polen wurden unterdrückt und hatten kaum das Recht auf ihre Sprache – nach dem Willen des „Vaters aller Rußen“.

Der Bau der Eisenbahn diente in erster Linie den Unternehmern. Er erhöhte ihren Profit, an dem nun auch das englische, französische und das belgische Kapital beteiligt sein wollten. Industrielle aus diesen Ländern gründeten ebenfalls Werke in Lodz, um ihren Teil vom großen Gewinn einzustreichen. In der Zeit von 1840 bis 1912 wurde allein in Lodz die Produktion um mehr als das 200fache gesteigert. Vor dem Ersten Weltkrieg wurden in Lodz bereits über 100 000 Menschen in der Textilindustrie beschäftigt. Die Einwohnerzahl von Lodz ver-

größerte sich von 32 700 im Jahre 1860 auf 506 000 im Jahre 1913. Bis 1900 hatte die Lodzer Wirtschaft den russischen Markt bis nach Finnland im Norden, nach Persien und Afghanistan im Süden und bis ans Gelbe Meer im Osten erobert. 85 % der Produktion dienten dazu, den Bedarf der Ostmärkte zu decken.<sup>4</sup> Die Baumwollindustrie beherrschte die Märkte mit ihren billigen Massenwaren. Daneben hatte sich eine hochleistungsfähige Wollindustrie entwickelt, ebenso hatten Wirkerei und Strickerei gute Fortschritte gemacht.<sup>5</sup> Karl Scheibler war inzwischen Heereslieferant Seiner Majestät, des Zaren, geworden. Die Halbmillionen-Stadt Lodz war ein Wirtschaftszentrum, in dem führende europäische Industrie-, Handels- und Bankhäuser ihre Vertretungen hatten.

## Die schlesischen Weber

Vor der Einführung der Dampfmaschine waren alle Unternehmer in Lodz mehr oder weniger auf die handwerklichen Fertigkeiten deutscher Weber und Spinner angewiesen. Werbeagenten hatten sie einst aus Deutschland angeworben. Diesmal ging es nicht um Kolonisten, sondern um Weber, Spuler und Spinner. Sie kamen aus dem Sudetengebirge, dem Iser- und Lausitzer Gebirge, aus der Gegend um Chemnitz und Glauchau. Die Mehrzahl aber kam aus Schlesien. Die Werber hatten Lodz als Stadt der Zukunft gepriesen. Bald sprach es sich herum, daß dort ein Textilansiedlungszentrum entstehen sollte.

Weber und Spinner, denen in ihrer schlesischen Heimat buchstäblich zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig für ihre Arbeitskraft gezahlt wurde, horchten auf. Noch immer wurzelte das schlesische Leinengewerbe in der Organisation der Gutsherrlichkeit aus alter österreichischer Zeit. Auch die Eroberung Schlesiens durch Friedrich II. hatte daran nichts geändert. „Seine Maßregeln zur Hebung der schlesischen Leinenindustrie gehören zu den wunderlichsten Kapiteln seiner rückständigen Wirtschaftspolitik“<sup>1</sup>. Auf Drängen der Junker beseitigte auch die neue Gewerbefreiheit keineswegs den Weberzins. Die sprichwörtliche Not der schlesischen Weber und ihrer Kinder erklärte sich daraus, daß sie gleichzeitig vom Feudalismus wie vom Kapitalismus in holdem Wettstreit gerupft wurden.<sup>2</sup>

Bezeichnend für die ökonomische Lage der „Leinewäber“ und ihre Gründe, den Versprechungen der Werber zu folgen, ist das nachstehende Gedicht aus dem Jahre 1828:<sup>3</sup>

Ich kam a Weg vom Riesenkamm  
und ging uf's Warmbad zu;  
Do traf ich anne lange Schar,  
Wu Man und Weib beisammen war,  
Und Kinder ohne Schuh!

Ber kummen vohn a Bärge här,  
Ber ziehn ei's Polen nei;  
Bei sein urnär schund matt vur Nut,  
's is gor a hüngrich Stückel Brut,  
De Schlaesche Weberei!

Im russ'schen Polen ga'n se üns  
Jedwedem a Stück Land;  
Do wulln ber nur ins Flache ziehn  
Und lussen ünse Bärge stiehn. –  
Härr Got, dir is's bekannt!

Und wenn uns Got senn Seegen schenkt,  
Derwäben wer wahs Geld;  
Das nähmen sich de Kinder ahn  
Und ziehn, su fix wie jedes kan,  
Furt aus der fremden Welt.

Weltweit bekannt wurde die bedrückende soziale Not der schlesischen Weber durch Gerhard Hauptmanns Theaterstück. Bekannt wurde, wie wenig es die Unternehmer in Schlesien rührte, wenn die Kinder des Webers verhungerten. Das im Gebirge herrschende Elend ging auch aus den von vielen Dorfgerichten eingesandten, bescheinigten und der ersten Generalversammlung z. B. zu Schweidnitz überreichten Tabellen und Listen hervor, in denen die allerbedürftigsten, dem Hunger preisgegebenen Personen namentlich aufgeführt waren. Selbst in kleinsten Ortschaften des Waldenburger Kreises war die Zahl der Unglücklichen groß: In Neugericht waren es 110 Personen, in Toschendorf 48 Familien, in Zedlitzheyde 72 Familien, „die aufs äußerste gebracht waren“<sup>4</sup>; Weber, Spuler, Spinner – und das nur in einem kleinen Teil des Waldenburger Kreises. Die blutigen Zwischenfälle in Peterswaldau und Langenbielau 1844 gehören heute zur deutschen Geschichte wie Sieg und Niederlage des Volkes im Kampf gegen seine Unterdrücker. Die Klagen der Weber bezogen sich weniger auf die Arbeitslosigkeit als auf den jämmerlichen Verdienst, den die angestrengteste Arbeit eintrug, obwohl an vielen Orten die Leinenindustrie bereits von der Baumwolle verdrängt wurde. Das Ausland, besonders England, spann bereits mit Maschinen. Es spann viel und wohlfeil. Die Maschine machte viele Spinner- und Weberhände überflüssig.

In diese Vorahnung eines technischen Umwandlungsprozesses tönte die Mär vom „Gelobten Land“ jenseits der Grenze. So zogen sie fort – nach Lodz. Aber auch dort galt, wie anderswo, die unchristliche Devise: Für den Arbeiter den Pfennig – für den Unternehmer die Mark. Weder den eingewanderten Deutschen noch ihren Kindern gelang es „wahs Geld zu wäben“, um wieder „furt aus der fremden Welt“ zu ziehen. 1839 betrug die Zahl der in Lodz Geborenen bereits etwa 1/5 aller Deutschen in Lodz. 1864 waren es fast 60 %.<sup>5</sup>

Der Germanisierungsprozeß lief im Lodzer Raum, mitten im russischen Polen, wie von selbst weiter. Beendet wurde er in dem Augenblick, als durch die Einführung der Dampfmaschine und der mechanischen Web- und Spinnmaschine auf qualifizierte Fachkräfte verzichtet werden konnte. Jetzt interessierten nur noch die billigen Arbeitskräfte. Das waren ungelernete polnische Arbeiter, die nach der 1863/64 erfolgten Bauernbefreiung in Polen ihre Gutsherren verließen und in die Städte strömten. Die landarme polnische Bevölkerung suchte Arbeit und Glück in der wachsenden Stadt.

Inzwischen waren in Lodz Weber- und Spinner-Kolonien entstanden. Die sogenannte Neustadt wurde nur von Deutschen besiedelt. Wie in ihrer schlesi-

schen Heimat hatten sie hier von früh bis spät, zum Teil in Heimarbeit, mit ihren Kindern am Handwebstuhl gearbeitet. Jetzt brauchte man sie nicht mehr. Der technische Fortschritt machte ihr Können überflüssig. Sie zerstörten die Maschinen, aber es nutzte ihnen genausowenig wie den Maschinenstürmern anderer Länder. Und die „Väter“ von Lodz, die sich von Kapitalisten anderer Länder in nichts unterschieden, verhielten sich ihnen gegenüber wenig väterlich. Sie erklärten, die technische Entwicklung sei schuld, wenn die Weber brotlos würden. Sie interessierte das weitere Schicksal ihrer deutschen Landsleute nicht im geringsten. Wie wenig die einst in der Hoffnung auf Rückkehr Ausgewanderten noch an die alte Heimat band, zeigt der weitere Weg eines großen Teils von ihnen. Die Expansion des Kapitalismus war nicht aufzuhalten. Sie förderte im Lodzer Raum die Repolonisierung und damit das vorläufige Ende der deutschen Ostkolonisation und Germanisierung. Über eintausend eingewanderte Deutsche verließen 1865 mit ihren bereits in Lodz geborenen Kindern die Stadt und zogen weiter, nach Rußland, an die Wolga, nach Samara und Stawropol.<sup>6</sup> Wieder einmal hofften sie auf ein besseres Leben, fern aller Unrast Europas, fern aller Unsicherheit, in die sie die kapitalistischen Väter genauso stürzten, wie es die „Landesväter“ immer wieder taten. Der Freiheitskampf der Polen, der 1863–1865 in einem gewaltigen Aufstand gegen die zaristische Vorherrschaft die Aufmerksamkeit aller Großmächte auf Polen gelenkt hatte, war nicht ihr Freiheitskampf. Die Kriege und Siege Bismarcks in der alten Heimat waren nicht ihre Kriege. Sie suchten eine Heimat, in der sie ein menschenwürdiges Leben führen konnten. Sie fanden sie in Rußland genauso wenig wie in Lodz oder in der Heimat der Großväter.

Deutsche Imperialisten bedauerten, daß die kapitalistische Wirtschaftsentwicklung den deutschen Bevölkerungsteil durch den Zuwachs polnischer Arbeitskräfte verdrängte. Sie leiteten aus dem deutschen Anteil am Aufbau einer Textilindustrie in Lodz das Recht auf Einverleibung des Landes in das deutsche Reich ab. Dabei interessierte sie weder das Schicksal der einstmals aus Deutschland eingewanderten armen Weber, Spinner und Handwerker noch das der inzwischen dort Geborenen noch das Schicksal der um ihre Freiheit kämpfenden Polen. Für sie galt nur die „Größe“ des Vaterlandes, die sich in Grund und Boden, in Soldaten und Waffen messen ließ. Der Übergang von der Manufaktur zur Industriearbeit hatte den jahrhundertelangen Prozeß deutscher Ostkolonisation und Germanisierung zwar vorerst beendet, nicht aber die Politik des Landraubes, wie die weitere Entwicklung zeigte.

## Die jüdische Bevölkerung

Nach den russischen Ansiedlungsbestimmungen von 1820 war Juden das Wohnen in neuen deutschen Industrieansiedlungen verboten. Laut Regierungsverordnung wurde ein Statut erlassen, das den ausländischen Fabrikanten und Tuchmachern in Lodz erhebliche Vorteile verschaffen sollte. „Den Juden aber ist es nicht gestattet, in den neuen Industriekolonien zu wohnen. Auch soll es in Zukunft keinem Juden gestattet sein, in der Stadt eine Schenke zu halten

oder sich mit der Fabrikation von Getränken zu befassen“, hieß es in der Bestimmung.<sup>1</sup>

Der für Lodz zuständige Wojewode Rembieliński war als Vertreter der Regierung sehr darauf bedacht, daß sich in „seinen“ Gründungen keine Juden ansiedelten. Als sich nach seinem Tode im Jahre 1834 Juden erneut bei seinem Nachfolger um eine Zulassung bewarben, hieß es sogar, der Bürgermeister würde bestraft werden, falls er seine nachgiebige Haltung den Juden gegenüber nicht ändern sollte.<sup>2</sup> Noch 1846 berichtete ein jüdischer Kaufmann aus Kalisch, der in Lodz die Spinnerei von Wendisch kaufen wollte, daß man es ihm nicht erlaubt habe „im christlichen Viertel Besitz zu erwerben.“ Das Verbot sei mit dem Vorwand begründet worden, daß er „die Spinnerei nur zum Schein betreiben, das Land mit geschmuggeltem Garn überschwemmen und die eigene Produktion der Fabrikstädte unterdrücken würde.“<sup>3</sup> Wahrscheinlich ging es den deutschen und ausländischen Fabrikanten viel mehr darum, ihre Vorrechte zu erhalten, um jede mögliche jüdische Konkurrenz auszuschalten. Die im Grenzort Kalisch konzessionierten jüdischen Garnlieferanten, die in Lodz und der Masowischen Wojewodschaft diskriminiert wurden, wollten natürlich auch ins Geschäft kommen. Die Vorschrift, daß Juden nur in der Altstadt leben dürften, verhinderte auf jeden Fall den Besitz von Fabriken größeren Stils und führte zwangsläufig zur Gettoisierung. Das gemeinsame Leben der ärmeren Bevölkerung in der Altstadt berührte dies kaum. 1839 setzte sich die Bevölkerung der Altstadt noch aus 947 Polen und 774 Juden zusammen.<sup>4</sup>

Aber der Sog in jene Stadt, von der man bereits als dem zukünftigen „Manchester des Ostens“ sprach, blieb natürlich nicht auf die befreiten Leibeigenen beschränkt. Juden aus der Umgebung hofften ebenfalls in Lodz auf bessere Verdienstmöglichkeiten.

Bis 1864 war die Bevölkerungszahl auf 6 539 in der Altstadt angestiegen, fünf Sechstel davon gehörten zur jüdischen Bevölkerung. Die Altstadt wurde zur dichtest bewohnten Gegend der Stadt. Die Stadt begann aus ihren Nähten zu platzen, Profit und Handelsumsatz stiegen. Der Bodenpreis ebenfalls. Bodenspekulanten tauchten auf. Der polnische Adel verkaufte. Auch der Adlige des Besitztums „Baluty“, das am Stadtrand von Lodz lag. Da das Gelände nicht zu Lodz gehörte, konnten jüdische Unternehmer hier um das Jahr 1860 eine Siedlung errichten. Sie verlängerten die Straßenzüge, um Anschluß an die Altstadt zu bekommen. Der „Baluter Ring“ entstand.

Entsprechend dem billigen Baluter Mietzins siedelten sich in dieser Vorstadt die Ärmsten der Juden an. Als die Vorstadt 1915 endlich eingemeindet wurde, war sie mit über 100 000 Menschen völlig überbevölkert. Ihre Bevölkerungsdichte wurde von kaum einer anderen Stadt Europas erreicht.<sup>5</sup> Ursprünglich sollte sie mit einer Reihe anderer Vorstädte bereits 1906 eingemeindet werden. Das hätte bedeutet, sie dem Niveau der Stadt anzupassen. Die Regierung scheute aber die damit verbundenen Ausgaben. Unter dem Vorwand, die Eingemeindung bedeute Steigerung von Steuern, Erhöhung der Mieten und andere Lasten, blieb Baluty weiterhin ohne Licht (Gaslaternen) und ohne Wasser (Kanalisation). Ein billiges Wohngelände für billige Arbeitskräfte – wie diese lebten, war nicht Sache der Fabrikanten oder der Regierung. In einem Labyrinth von Häusern, Höfen und Durchgängen, in denen sich auch noch aus Brettern selbstgezimerte Wohnverschläge befanden, spielte sich ein großer Teil des Geschäftsle-



bens ab. Nicht anders sah es in der ebenfalls total übervölkerten Altstadt aus. Sie ähnelte einem riesigen Basar. In den Kellern befanden sich Läden und Warenniederlassungen wie an der Straße. Vollgepfropft bis unter die Decken, zum Teil durchgebrochen zu den Obergeschossen, bildeten sich Kleinstausgaben von Markthallen, deren Nischen und Wandabschnitte nach Quadratmetern an einzelne Händler vermietet wurden. Vorherrschend war natürlich der Handel mit Textilstoffen. Daneben wurden alte und neue Kleidung, Lebensmittel, Obst, Eisenwaren, billige Konfektion, Hüte, Möbel usw. verkauft. Käufer wie Händler war in erster Linie die jüdische Bevölkerung.<sup>6</sup> Ein Teil des Lebens spielte sich, wie in südlichen Ländern, auf der Straße ab.

Das eigentliche Zentrum von Lodz befand sich in der Petrikauer Straße. Es erstreckte sich im wesentlichen auf die beiden Häuserfronten links und rechts der Neustadt und des Nordabschnittes<sup>7</sup>. An den Seiten- und Hinterhäusern befanden sich ebenfalls Büros, Läden, Niederlassungen, vorwiegend Textilhandlungen und selbstverständlich die Niederlagen und Verkaufsstellen der großen Lodzter Werke. Im Laufe der Zeit verschmolz die Altstadt schließlich mit der Neustadt zu einem Stadtzentrum von Groß-Lodz.

## Die polnischen Arbeitskräfte

Wie in den vorangegangenen Kapiteln bereits erläutert, lebten und arbeiteten in Lodz bis 1864/65 vorwiegend deutsche Weber, Spinner und Textilfachleute. Erst nach der in Polen erfolgten sogenannten Bauernbefreiung strömten viele der aus feudaler Abhängigkeit erlösten polnischen Landarbeiter in die Stadt. Als Proletarier waren sie nun die billigeren Arbeitskräfte.

Wie sehr die „technische Revolution“ die Bevölkerungsstruktur in Lodz veränderte, zeigt unter anderem der Rückgang des deutschen Bevölkerungsanteils. 1839 setzte sich die 8 559 Köpfe zählende Bevölkerung der Stadt zu 78 % aus Deutschen, zu 13 % aus Polen und zu 9 % aus Juden zusammen. 25 Jahre später lebten bereits 33 533 Menschen in Lodz; davon waren 67 % Deutsche und 20 % Juden. Bis 1884 hatte sich die Bevölkerungszahl auf 107 000 erhöht; davon betrug der deutsche Anteil nur noch 38 %, während der polnische auf 33 % und der jüdische auf 29 % angewachsen war. 1911 lebten 522 518 Menschen in Lodz, davon waren 50 % Polen, 32 % Juden und nur noch 18 % Deutsche.<sup>1</sup>

Die kleinen Holzhäuser der Kolonisten waren inzwischen ebenso verschwunden wie die klapprigen Webstühle der alten „schlasischen Wäber“. An ihre Stelle waren Fabriken gerückt und die aus Stein gebauten neuen Mietskasernen, die das Wohnungsproblem aber nicht lösen konnten. Weitaus mehr Menschen strömten in die Stadt, als Wohnungen vorhanden waren. 1913 lebten in einem Zimmer 4,2 Personen. Die Altstadt, Baluty und das Arbeiterviertel blieben dunkel und eng, ein von Rauch und Ausdünstungen der Fabrikstadt geschwärztes Häusergewirr.

Wo sich die Neubauten von Scheibler, das Siemens-Haus, das Grand-Hotel, Haus Kindermann, die Banken und Bürohäuser befanden und der Korso mit

den Prachtfassaden seiner Wohnhäuser, wurden bereits 1869 die ersten Gaslaternen in Betrieb genommen und Asphaltbürgersteige angelegt. 1898 wurde der Straßenbahnverkehr aufgenommen, 1907 wurden die ersten Elektrizitätswerke gebaut, aber alle diese Anlagen reichten kaum über das Stadtzentrum hinaus.

Für deutsche Fabrikanten blieb Lodz auch weiterhin eine Goldgrube. Einige waren bereits Millionäre geworden, andere hofften es noch zu werden. Aufstände und Unterdrückung der Polen interessierten sie wenig, solange der Zar ihnen Vorteile einräumte. Und der Zar zeigte sich ihnen gegenüber höchst gnädig. Anlässlich der Eröffnung der „Fabrikzweiglinie“, die den Anschluß an die Bahnlinie Warschau-Wien herstellte, genehmigte er 1866 sogar die Eröffnung deutscher Schulen in Lodz, während in allen anderen Schulen des „Königreichs Polen“ nur in russischer Sprache unterrichtet werden durfte.

Die polnischen Arbeiter in Lodz waren, wie im gesamten Kongreß-Polen dreifach unterdrückt: vom russischen Zarismus, vom ausländischen Kapital und von der eigenen Bourgeoisie, deren ökonomische Machtentfaltung von der zaristischen Bürokratie so lange nicht behindert wurde, wie sie zu ihrer „Schutzmacht“ hielt. So stieg dieses „Königreich“ in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu einer industriell führenden Provinz des Zarenreiches auf. Industriezentren waren Warschau und Lodz, die vom ausländischen Kapital beherrscht wurden. Aber auch der polnische Kapitalismus entwickelte sich, je besser er sich dem Zarismus anpaßte<sup>2</sup>. Sein Klasseninteresse überflügelte sehr schnell das nationale Anliegen: Freiheit und Unabhängigkeit. In den zunehmenden Auseinandersetzungen mit der Arbeiterschaft bildeten zaristische Bürokratie, polnische Bourgeoisie und ausländische Kapitalisten eine Allianz. Politische Bewegungen der Arbeiter und Streikämpfe waren verboten. Rigoros wurden Führer und Mitglieder von Arbeiterorganisationen verfolgt, in Gefängnisse geworfen oder nach Sibirien deportiert.

Die Arbeitsverhältnisse in den Fabriken entsprachen der schonungslosen Ausbeutung der Arbeiter in anderen Staaten. „Man war gezwungen, zwölf Stunden am Tage unter furchtbaren Bedingungen zu arbeiten, da die Fabrikanten sich überhaupt nicht darum kümmerten, die Werkstätten entsprechend einzurichten (man stand in der Feuchtigkeit, denn der Fußboden war schlecht, und die Luft war voller Dampf, da keine Ventilation vorhanden war)“<sup>3</sup>, beschreibt Julian Marchlewski die Arbeitsbedingungen, unter denen er selbst in einer Textilfabrik in Warschau arbeitete und die er später auch in anderen Färbereien in Lodz antraf. Im Februar 1891 hatte ihn der Verband Polnischer Arbeiter als einen seiner besten Leute nach Lodz geschickt, das sich zu einem der größten Industriezentren Europas entwickelt hatte. Marchlewski hatte vorher in Deutschland und in der Schweiz in verschiedenen Textilfabriken und Färbereien gearbeitet und kannte die Probleme der Arbeiterbewegung Westeuropas. In Lodz arbeitete er nacheinander in der Färberei von Walewski, in einer kleinen Fabrik bei August Kerpert und in einer der größten Lodzter Textilfabriken, bei I. K. Poznanski, als Färbermeister. So verschaffte er sich einen guten Überblick über die Lage der Arbeiter in Lodz. Die Arbeitsbedingungen, die er hier vorfand, waren noch schlimmer als anderwärts. „Der Arbeitstag betrug in der Regel 13 Stunden; die Löhne waren völlig unzureichend, und die Fabrikbesitzer kassierten noch einen großen Teil davon in Form von Strafen für verschiedene ‚Vergehen‘ ein; die Arbeiter genossen keinerlei Arbeitsschutz.“<sup>4</sup>

Julian Marchlewski begann, den Verband Polnischer Arbeiter in Lodz aufzubauen. Zentrum wurde die Kesselfabrik von Stephanus. Marchlewski leitete Aktionen und sorgte für illegales Agitationsmaterial in deutscher und polnischer Sprache, das in Kisten verpackt über Posen illegal nach Lodz geliefert wurde. Bald gab es kaum noch eine Fabrik oder Werkstatt, die nicht mit sozialdemokratischen Broschüren und Flugblättern versorgt war. Arbeiterzirkel wurden gebildet, das Einsammeln von Beiträgen für eine Streikkasse organisiert und das in polnischer und deutscher Sprache gedruckte Statut der „Widerstandskasse“ in unzähligen Exemplaren verbreitet. Im Herbst 1891 umfaßte die „Widerstandskasse“ bereits mehrere tausend Lodzer Arbeiter.<sup>5</sup> Bildungszirkel, Flugblätter, Broschüren, marxistische Literatur, Versammlungen und Massenversammlungen, die außerhalb der Stadt stattfanden, sorgten dafür, daß die Arbeiter über die Möglichkeiten zur Verbesserung ihrer Lage aufgeklärt wurden und erfuhren, wie die sozialistischen Bewegungen Westeuropas den ökonomischen und politischen Kampf führten.

Im November 1891 wurde Julian Marchlewski von der zaristischen Gendarmerie verhaftet. Er wurde in das berüchtigte Untersuchungsgefängnis für politische Gefangene eingeliefert, in den X. Pavillon der Warschauer Zitadelle<sup>6</sup>. Trotzdem klebten am 1. Mai 1892 an vielen Hauswänden Maiaufrufe des Verbandes Polnischer Arbeiter. Viele Lodzer Arbeiter folgten dem Aufruf. Trotz starken Polizeiaufgebots ruhte in vielen Betrieben die Arbeit. Die Verhaftungswellen der zaristischen Behörden hatten wenig Erfolg. Am 5. Mai hatte die Streikbewegung bereits die Form des Generalstreiks angenommen. Die Unternehmer hatten so etwas noch nicht erlebt. Sie riefen die zaristischen Behörden zu Hilfe. Gemeinsam organisierten sie zur Abwehr ein Pogrom gegen die Juden der Stadt, das den Vorwand liefern sollte, starke zaristische Militäreinheiten einzusetzen, um „Ordnung und Ruhe“ wiederherzustellen. Die Arbeiter kämpften in Straßenkämpfen mit Ziegeln und Pflastersteinen gegen Kosakenpeitschen und Gewehrkegel. Der Kampf dauerte bis zum 10. Mai und ging als „Lodzer Aufruhr“ in die Geschichte ein. 217 Personen wurden getötet oder verwundet, 82 Streikende verhaftet und dem Richter vorgeführt. Zum erstenmal hatte die polnische Arbeiterklasse ihre ökonomischen Interessen im Kampf gegen Gendarmerie und Militär, gegen die Machtorgane des zaristischen Regimes verteidigt. Und das in Lodz, dem Zentrum des polnischen Industrieproletariats. Das internationale Aufsehen war groß. Die Hoffnung der Sozialisten wuchs.

Die sozialistische Bewegung in Polen, die durch Namen wie Rosa Luxemburg und Julian Marchlewski bekannt wurde, sah in den russischen, deutschen und österreichischen Arbeiterbewegungen ihre Verbündeten. Besonders die deutsche Sozialdemokratie betonte die Bedeutung des gemeinsamen Kampfes. 1897 erinnerte Liebknecht auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Hamburg an das, was Marx in bezug auf die polnische Frage gesagt hatte: „Bei der gegenwärtig veränderten Lage Mitteleuropas, und namentlich Deutschlands, ist es Deutschland ein Anhängsel (outwork) der Heiligen Allianz, mit ihm der Bundesgenosse (cooperator) des republikanischen Frankreich sein wird; die Bewegung der Arbeiterklasse wird fortwährend unterbrochen, lahmgelegt und aufgehalten werden, bis diese große europäische Frage zur Ruhe gebracht ist . . .“

Besonders ist es Pflicht der deutschen Arbeiterklasse, in dieser Frage die Initiative zu ergreifen, weil Deutschland eine der Mächte ist, die Polen geteilt haben.“ Liebknecht schloß seine Ausführungen: „Den Polen ist schweres Unrecht geschehen; und gerade wir deutschen Arbeiter sollten, wie Marx gesagt hat, in erster Linie den Polen gegenüber gerecht sein.“<sup>7</sup>

Rosa Luxemburg, die mit dem Verband Polnischer Arbeiter in der Schweizer Emigration Kontakt gehalten hatte, schätzte den Verband „von Anfang an, schon in seinem Kern“ als „ein Ergebnis der Massenbewegung des wirklichen Klassenkampfes im weitesten, unmittelbaren Sinne des Wortes. Darum war er seinem Wesen nach eine sozialdemokratische Organisation, eine gesunde und an Perspektiven reiche Erscheinung, die dem Sozialismus in Polen einen neuen und breiten Entwicklungsweg bahnte.“<sup>8</sup> Friedrich Engels schrieb: „Die Unabhängigkeit Polens hat der Adel weder erhalten noch wiedererzwingen gekonnt; der Bourgeoisie ist sie heute zum mindesten gleichgültig. Und doch ist sie eine Notwendigkeit für das harmonische Zusammenwirken der europäischen Nationen. Sie kann erkämpft werden nur vom jungen polnischen Proletariat, und in dessen Händen ist sie gut aufgehoben. Denn die Arbeiter des ganzen übrigen Europa haben die Unabhängigkeit Polens ebenso nötig wie die polnischen Arbeiter selbst.“<sup>9</sup>

1893 vereinigten sich der Verband Polnischer Arbeiter und die Partei „Proletariat“ zur Socjaldemokracja Krolestwa Polskiego, der Sozialdemokratie des Königreiches Polen (SDKP). Ihr Kampf war in erster Linie auf den Sturz des Zarismus gerichtet, der nach ihrer Meinung nur mit Hilfe des russischen Proletariats möglich war. Sie erstrebte eine demokratische Republik, mit dem Ziel des Sozialismus. Den revolutionären Kampf verband sie mit dem Kampf der Arbeiter um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen, um Einführung eines demokratischen Fabrikgesetzes, um Arbeiterversicherung und das Recht des Arbeiters auf Bildung, Kultur und menschliche Lebensbedingungen.

Die polnische Bourgeoisie dagegen verbündete sich mehr und mehr mit den zaristischen Unterdrückern. Die im Fabrikantenverband zusammengeschlossenen Unternehmer von Lodz sperren die Arbeiter aus (lock-out's) und spendeten eine halbe Million Rubel für den Ausbau des zaristischen Polizeiapparats.

Als sich das russische Volk 1905 gegen die zaristische Regierung erhob, lebte vor allem in Warschau und Lodz der polnische Freiheitskampf wieder auf. Dabei kam es in Lodz zu Zusammenstößen zwischen Anhängern der Nationaldemokraten, die unter dem Galizier Roman Dmowski in den Deutschen und Deutschland den Hauptfeind des Polentums sahen, und den Anhängern Pilsudskis, die sich 1892 in Paris zur Polska Partia Socjalistyczna (P.P.S.)<sup>10</sup> zusammengeschlossen hatten. Ihr Hauptfeind waren die russischen Unterdrücker. Angesichts der Unruhen in Rußland und des russisch-japanischen Krieges hofften sie, einen neuen polnischen Aufstand gegen die zaristische Vorherrschaft entfachen zu können. Die Nationaldemokraten lehnten diese Pläne ab, da ihrer Meinung nach jede Schwächung Rußlands eine Stärkung Deutschlands bedeutete. Die Gegensätze beider Gruppen verschärften sich, aber zu Aufständen gegen Rußland kam es nicht.

## Bismarcks Polenpolitik und die „Neuordnung Europas“

Die Entwicklung der Ostexpansion ist nicht zu trennen von der Politik Preußens unter Bismarck. Er und sein König waren – wie ihre Vorgänger – an einem Bündnis mit Rußland und seinem Zaren mehr interessiert als an einem guten Verhältnis mit dem polnischen Nachbarvolk. Das gemeinsame Klasseninteresse hatte in der Vergangenheit die Expansion auf Kosten Polens zum Vorteil beider begünstigt. Die Unterdrückung der polnischen Bevölkerung im preußischen Posen entsprach der Unterdrückung jeglicher Freiheitsbestrebungen im russischen Teil Polens, zu dem Lodz seit dem Wiener Kongreß gehörte. Für Lodz hatte die Politik Bismarcks dementsprechend kaum Auswirkungen – sie betraf vor allem die polnische Bevölkerung in Posen. Dennoch scheint mir der Rückblick zum Verständnis der Ostexpansion notwendig, zeigt er doch, wie sehr „die Arbeiter des ganzen übrigen Europa die Unabhängigkeit Polens ebenso nötig (hatten) wie die polnischen Arbeiter selbst.“<sup>1</sup>

Die Losung der Polen „Für Eure und unsere Freiheit“ war seit der Niederschlagung des Aufstandes von 1831 zur Losung aller fortschrittlichen Menschen geworden. Mit dem Kampf der Polen für Unabhängigkeit solidarisierten sich Schriftsteller und Philosophen, Intellektuelle und Arbeiter in Deutschland. Der Kampf gegen die „Heilige Allianz“ wurde zum Kampf gegen die eigenen Unterdrücker. Im März 1848 brach in Deutschland die Revolution aus. Kurz darauf erfolgte der Aufstand der Polen in Posen, der von April bis Mai dauerte. Er wurde von Preußen ebenso blutig niedergeschlagen wie die 1848iger Revolution im eigenen Land. Das Bündnis zwischen der alten preußischen Kaste der Feudaljunker und dem jungen Kapitalismus, dem aufstrebenden Bürgertum, besiegelte die Niederlage des deutschen wie des polnischen Volkes. Nach dem 18. März 1848 in Berlin<sup>2</sup> hatte Preußen den Polen eine „Nationale Reorganisation“ versprochen. Die Polen glaubten an den guten Willen in Berlin und wurden hintergangen. „In der polnischen Frage benahm sich die deutsche Bourgeoisie wie immer, ebenso kopf- wie treulos. Im Vormärz hatte sie ganz gut begriffen, wie eng die deutsche und die polnische Sache zusammenhängen, und noch nach dem 18. März hatten ihre Weisen auf dem sogenannten Vorparlament in Frankfurt feierlich erklärt, daß die Wiederherstellung Polens eine heilige Pflicht der deutschen Nation sei.“<sup>3</sup> Die „heilige Pflicht“ der „nationalen Reorganisation“ aber löste sie im Interesse der Junker, indem sie mehr als zwei Drittel der Provinz Posen dem Deutschen Bund anschloß. Die Frankfurter Nationalversammlung<sup>4</sup> „dies entartete Kind der Revolution, segnete die Missetat der Gegenrevolution“. Dieser Verrat an Polen war zugleich Verrat an der deutschen Revolution. Der mit der Niederschlagung der 1848iger Revolution eingeleitete Kompromiß zwischen Bürgertum und Junkern führte schließlich unter Bismarck zur großdeutschen Politik der Einigung Deutschlands durch Blut und Eisen. 1862 war Otto von Bismarck Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen gewesen. 1863 schlossen er und Zar Alexander II. gegen die liberal-panslawistische Bewegung die Alvenslebensche Militärkonvention<sup>5</sup>. Als kurz darauf der über Kongreß-Polen und weite Teile Litauens ausdehnte, gab Bismarck dem Zaren politische Rückendeckung.

Während England, Frankreich und Österreich Noten an Rußland zur Unterstützung von Reformen in Polen schickten, erklärte Bismarck: „Haut doch die Polen, daß sie am Leben verzagen, ich habe alles Mitgefühl für ihre Lage, aber wir können, wenn wir bestehen wollen, nichts anderes tun, als sie ausrotten.“<sup>6</sup> Für ihn war „jeder Erfolg der polnischen Nationalbewegung“ eine „Niederlage für Preußen“. Seine Schlußfolgerung: „Wir können den Kampf gegen dieses Element nicht nach den Regeln der bürgerlichen Gerechtigkeit, sondern nur nach denen des Krieges führen. Der Polonismus mit allen seinen Einzelheiten kann von uns nicht humanistisch und unparteilich, sondern nur feindselig beurteilt werden . . . zwischen uns und irgendwelchem Versuch zur Herstellung Polens ist kein Frieden möglich“<sup>7</sup>. Bis 1865 führten die Polen ihren Volks- und Partisanenkampf, der etwa 30 000 Polen das Leben kostete. Etwa 400 Patrioten wurden hingerichtet, weitere 30 000 zur Zwangsarbeit verurteilt und nach Sibirien verschickt.<sup>8</sup> Der Befreiungskampf wurde blutig niedergeschlagen mit Unterstützung Bismarcks, der sich damit Rückendeckung für seine Kriege erkaufte: 1864 gegen Dänemark, 1866 gegen Österreich, 1870 gegen Frankreich. Am Ende dieser Kriege stand die Einigung des Reiches „von oben“. Am 18. Januar 1871 wurde Wilhelm, preußischer König von Gottes Gnaden, als „siegreicher Oberfeldherr der Deutschen“ im Spiegelsaal des Versailler Schlosses zum Kaiser gekrönt.

Die „Neuordnung“ begann mit dem Siegeszug des deutschen Kaisers durch den Arc de Triomphe in Paris und der Demütigung der Franzosen. Wieder in Berlin, versprach der Kaiser, das „neue Deutschland“ werde ein zuverlässiger Bürge des europäischen Friedens sein: Es sei stark und selbstbewußt genug, um sich die Ordnung seiner eigenen Angelegenheiten als sein ausschließliches, aber auch ausreichendes Erbteil zu bewahren. Am 21. März 1871 erklärte er bei der Eröffnung des Reichstages: „Wir haben erreicht, was seit der Zeit unserer Väter für Deutschland erstrebt wurde . . .“<sup>9</sup> Die Ordnung der Schwierigkeiten überließ er seinem bewährten „Eisernen Kanzler“ Bismarck. Er hatte durch die Gründung des Reiches das Kräfteverhältnis zugunsten der Protestanten verändert. Der Schlag, den die katholische Welt durch den Sieg des protestantischen Preußen und seine „Neuordnung“ erlitt, war nicht zu übersehen. Pius IX. soll nach der Schlacht von Königgrätz geäußert haben: „Die Welt geht unter!“

Der weitere Kampf wurde auf dem Rücken der im neuen Deutschen Reich lebenden Polen ausgetragen. Die polnischen Katholiken schlossen sich als Partikularisten in der Zentrumsparterie gegen die neu-reichsdeutsche Herrlichkeit zusammen — vorwiegend in katholischen Gegenden am Rhein, in Schlesien, Bayern und in Polen. Der Anschluß der Polen an das Zentrum gab Bismarck den erwünschten Vorwand. 1871 löste er die „katholische Abteilung“ im preußischen Kultusministerium auf. Sie war für die Rechte der Polen eingetreten, hatte den Anteil der amtlich als polnisch anerkannten Bevölkerung Schlesiens, Posen und Westpreußens erhöht und war für eine Polonisierung und damit Stärkung des Katholizismus. Gegenüber der polnischen Minderheit, die immerhin 10 % der preußischen Gesamtbevölkerung (!) ausmachte, ahmte Bismarck nun die Methoden des Zaren nach. 1872 erließ er das Gesetz über die Schulaufsicht. Schulinspektoren durften nun nicht mehr durch die Kirche ernannt werden, sondern nur durch den Staat. 1873 wurde die deutsche Sprache obligatorisch im Schulunterricht und ab 1876 alleinige Amts- und Geschäfts-

sprache. Wie der Zar nur russisch sprechende Untertanen wünschte, hoffte nun Bismarck mit dieser Methode die polnischen Volksteile in Posen und Westpreußen assimilieren, und die Polonisierung der sogenannten „Wasserpölkern“ in Schlesien rückgängig machen zu können. Jeder, der sich nicht fügte, wurde als „Reichsfeind“ gebrandmarkt und in den „Reichsbann“ getan. Virchow fand dafür den Namen „Kulturkampf“<sup>10</sup>, der nach Bismarcks eigenen Aussagen primär gegen die nationale Tätigkeit der polnischen Geistlichkeit gerichtet war.

Der Erfolg der preußischen Maßnahmen blieb mehr als begrenzt durch den Widerstand der Polen, der das ganze Volk einschließlich seiner Kirchenväter erfaßte. Erzbischof Ledochowski und viele polnische Priester ließen sich absetzen, in Festungshaft oder ins Gefängnis bringen und wurden so zu Märtyrern ihrer nationalen Überzeugung. Die „Neuordnung“ und Sicherung des europäischen Friedens durch das „neue Deutschland“ entlarvten sich als brutaler Germanisierungswille. 1878, nach dem Tode Papst Pius IX., lenkte Bismarck ein. Die klare Trennung zwischen Kirche und Staat wurde beibehalten, aber die Kirche erhielt einige Privilegien zurück. Bismarck brauchte die Kirchen jetzt zur Unterstützung seiner Politik gegen die Arbeiterschaft. 1878 erließ er eine antisozialistische Ausnahmegesetzgebung, die als das „Sozialistengesetz“ in die Geschichte einging. Er erreichte allerdings das Gegenteil – das Gesetz stärkte die Kampfkraft der deutschen Arbeiterklasse und schärfte ihr Bewußtsein für ihre Rechtlosigkeit. Unter den Bedingungen der Ausnahmegesetze erstarkte die Sozialdemokratische Partei und erhielt mehr als das Doppelte ihrer bisherigen Wahlstimmen. Diese Niederlage führte 1890 zum Rücktritt Bismarcks. Der Kampf und Sieg der deutschen Sozialdemokratie dagegen stärkte auch ihre solidarische Haltung zum Freiheitskampf der Polen. Wiederholt hatte sie sich gegen die Unterdrückung der Polen im Deutschen Reich ausgesprochen. Für sie war die polenfeindliche Politik Bismarcks und seiner Nachfolger nur eine Teilerscheinung der herrschenden Reaktion. Während Friedrich II. mit seiner Kolonisierung den Polen noch das Recht ließ, nach ihrer eigenen Fassung selig zu werden, hatte Bismarck versucht, die Kulturautonomie der polnischen Minderheiten in den sog. „Ostprovinzen“ aufzuheben, um die Bevölkerung zu assimilieren. Nach dem Scheitern des „Kulturkampfes“ begann man, die Polen zu vertreiben, und auf das schlimmste zu unterdrücken.

1886 wurde im Preußischen Landtag ein Ansiedlungsgesetz verabschiedet, das hundert Millionen Mark zur Ansiedlung deutscher Bauern in Posen und Westpreußen aus dem Staatsäckel freimachte. 1894 folgte die Gründung des Deutschen „Ostmarkenvereins (DOV)“, eines Vereins zur Förderung des Deutschums im Osten, der u. a. die planmäßige Ansiedlung von Deutschen in den polnischen Gebietsteilen betrieb. Als private Siedlungsorganisation getarnt, versuchte er, durch zahlreiche bürokratische Schikanen die Polen zu vertreiben. 1904 inspirierte er ein Dekret, das die Bildung von Bauernhöfen durch Parzellierung sowie Errichtung von Gebäuden „mit Schornstein“ (d. h. Wohnhäusern) für Polen verbot. 1908 folgte das Gesetz über die mögliche Enteignung polnischer Grundstücke zur „Sicherung des gefährdeten Deutschums“. Nationale Schulen wurden geschlossen und der polnischen Bevölkerung im Verkehr mit den Behörden der Gebrauch der Muttersprache untersagt. Namen von Städten und Ortschaften wurden geändert. Der polnische Bodenbesitz wurde

teilweise enteignet und Deutschen übergeben. Schließlich ging die Germanisierung so weit, daß deutsche Behörden polnische Kinder zwangen, deutsch zu beten und den Schulunterricht in deutscher Sprache zu hören. 1901 wurde der deutsche Religionsunterricht für 250 000 Kinder polnischer Muttersprache angeordnet. Polnischer Privatunterricht wurde mit Gefängnisstrafe bedroht und verfolgt. Der wachsende Widerstand der Polen, unterstützt von der deutschen Sozialdemokratie, führte 1906 dazu, daß mehr als 100 000 Kinder den Schulbesuch einstellen. Repressalien gegen die jugendlichen Opponenten wurden angewandt. Man schreckte nicht davor zurück, sie mit Ruten zu verprügeln.<sup>11</sup>

Der Erfolg war, daß bis 1910 der Anteil der polnischen Bevölkerung gegenüber der Zunahme der Deutschen wieder zurückging, die polnischen Wählerstimmen wurden weniger. 1910 zählte man in Westpreußen ein Drittel, in Posen zwei Drittel der Bevölkerung als polnisch oder kaschubisch.<sup>12</sup> Im Deutschen Reich lebten 1914 ca. 3 Millionen Polen, nachdem man 30 000 Polen österreichischer und russischer Staatsangehörigkeit 1885 aus Preußen ausgewiesen hatte, auch wenn sie seit Jahrzehnten dort ansässig gewesen waren. Wieder einmal hatte man die Polen ihrer „wohllöblichen Rechte und Volksbräuche“ beraubt. Aber das von Bismarck geschaffene Deutschland begnügte sich nicht mit den einmal eroberten Gebieten. Der Kaiser und seine Generale wollten mehr, unter anderem auch jene Gebiete „zurückholen“, die wie Lodz seit dem Wiener Kongreß zum „Königreich Polen“ gehörten. Bismarcks Machtpolitik zielte auf eine Vorherrschaft Deutschlands über Europa ab. Thomas Mann schrieb darüber: „unbeschadet aller Modernität, aller nüchternen Tüchtigkeit knüpfte das Kaisertum von 1871 an mittelalterliche Ruhmeserinnerungen, die Zeit der sächsischen und schwäbischen Herrscher an. Dies eben war das Bedrohliche: die Mischung von robuster Zeitgemäßheit, leistungsfähiger Fortgeschrittenheit und Vergangenheitstraum, der hochtechnisierte Romantizismus. – Durch Kriege entstanden, konnte das unheilige Deutsche Reich preußischer Nation immer nur ein Kriegsreich sein. Als solches hat es, ein Pfahl im Fleische der Welt, gelebt, und als solches geht es zugrunde...“<sup>13</sup>

## Der Erste Weltkrieg und die Lösung der „polnischen Frage“

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges machte die „polnische Frage“ wieder aktuell. Jeder der an der polnischen Teilung beteiligten Staaten war an der Kriegsbeteiligung der Polen für seine Zwecke interessiert. Die Russen appellierten, gegen den gemeinsamen Feind der Slawen, die Deutschen, zu ziehen und versprachen die Vereinigung der durch die Teilungen zerrissenen polnischen Gebiete – unter der Herrschaft der Romanows. Österreich-Ungarn erteilte die Erlaubnis zur Aufstellung polnischer Legionen unter seinem Oberbefehl in der Hoffnung auf antirussische Diversionen. Deutschland betrieb – vorerst – unverbindlich Militärpropaganda zur Werbung junger Arbeiter und Bauern polnischer Herkunft für den Kriegsdienst. Auch die Polen hatten Pläne. Für Pilsudski<sup>14</sup> schien der Augenblick gekommen,

auf den er solange gehofft hatte. Am 6. August 1914 begann er im österreichischen Galizien mit der Aufstellung einer polnischen Legion gegen die Russen. Eine von Deutschland unterstützte polnische Armee hoffte er später dem deutschen Einfluß entziehen zu können. Versprechungen auf gutes Zusammenleben und eine glückliche Zukunft nährten seine Hoffnung auf nationale Selbständigkeit. Sogar polnische Selbstverwaltungen wurden in den okkupierten Gebieten zugelassen, und das russifizierte Schulwesen erhielt wieder polnischen Charakter.

Am 19. August 1915 erklärte Reichskanzler Bethmann Hollweg im Berliner Reichstag: „Unsere und die österreichisch-ungarischen Truppen haben die Grenze von Kongreß-Polen gen Osten erreicht, und beiden fällt die Aufgabe zu, das Land zu verwalten. Geographische und politische Schicksale haben seit langen Jahrhunderten Deutsche und Polen gegeneinander zu kämpfen gezwungen. Die Erinnerung an diese alten Gegensätze mindert nicht die Achtung vor der Leidenschaft, Vaterlandsliebe und Zähigkeit, mit der das polnische Volk seine Freiheitsliebe gegen das Russentum verteidigt und auch durch das Unglück dieses Krieges bewahrt hat. Die gleisnerischen Versprechungen unserer Feinde ahme ich nicht nach, aber ich hoffe, daß die heutige Besetzung der polnischen Grenze gegen Osten den Beginn einer Entwicklung darstellen wird, die die alten Gegensätze zwischen Deutschen und Polen aus der Welt schafft und das vom russischen Joch befreite Land einer glücklichen Zukunft entgegenführen wird, in der es die Eigenart seines nationalen Lebens pflegen und entwickeln kann. Das von uns besetzte Land werden wir unter möglichster Heranziehung der eigenen Bevölkerung gerecht verwalten, die unvermeidlichen Schwierigkeiten, die der Krieg mit sich bringt, auszugleichen und die Wunden, die Rußland dem Lande geschlagen hat, zu heilen suchen.“<sup>2</sup>

Am 25. August 1915 wurde General von Beseler Chef der Verwaltung des „Generalgouvernements Warschau“, das den nördlichen Teil Kongreß-Polens umfaßte. Pilsudski mußte erkennen, daß er trotz militärischer Erfolge die Anerkennung eines unabhängigen polnischen Heeres nicht erreichte. Aus Protest legte er deshalb im September 1916 die Führung seiner Legion nieder. Deutschland fürchtete Unruhen in Polen, die es sich unter den Bedingungen des Krieges nicht leisten konnte. So gab es schließlich nach. Am 5. November 1916 wurde auf Initiative des „Reichs“ durch die Zweikaisererklärung<sup>3</sup> die Wiedergründung eines polnischen Königreiches proklamiert. Dabei unterließ man wohlweislich die genaue Definition der Grenzen, in der Hoffnung, sie nach einem siegreichen Kriegsende diktieren zu können. In den Vorstellungen der deutschen Reichsleitung war Polen bestenfalls als politisch, militärisch und ökonomisch abhängiger Pufferstaat denkbar.<sup>4</sup> Der Passus über die Grenzen – „die genauere Bestimmung der Grenzen des Königreiches Polen bleibt vorbehalten“ – sollte die Annexionsabsicht verschleiern. Seit Ende 1914 wurde unter dem Stichwort „polnischer Grenzstreifen“ eine Erweiterung der deutschen Grenze geplant, die Ende 1915 bereits bis an die Warthe-Narew-Bohr-Njemen-Linie reichte.<sup>5</sup> Verschiedene Vertreter des Grenzstreifen-Plans begnügten sich mit der „einfachmanisierungsplänen, die ihre schreckliche Verwirklichung während des Zweiten Weltkrieges fanden und wegen dieser Bedeutung hier ausführlicher dargestellt werden. Die Pläne entsprangen alten Wunschträumen, die von dem 20 Jahre

vor Kriegsausbruch gegründeten „Ostmarkenverein“ genährt und jetzt mit Denkschriften, Eingaben und „Druck“ unterstützt wurden. So wurde bereits zu Beginn des Krieges von diesen Kreisen ein Grenzstreifen gefordert, der „frei von Menschen“ gemacht werden sollte, um „dem deutschen Volk als Siedlungsland zur Verfügung“<sup>6</sup> zu stehen. Die „Freimachung von Räumen“ begründeten sie u. a. mit völkischen Rassevorstellungen, die später von den Nazis übernommen und weiterentwickelt wurden allerdings mit dem Unterschied, daß jetzt auch Lodz (als „Litzmannstadt“) in das Reichsgebiet einbezogen wurde.

Auch maßgebende Wirtschafts- und Landwirtschaftskreise im Reich waren sich mit den Militärs einig, einen möglichst breiten Grenzstreifen Polens zu annektieren. Sie hatten sich noch immer nicht mit der vor 100 Jahren auf dem Wiener Kongreß festgelegten Grenzziehung abgefunden und wünschten, Polen und Juden „fernab der Grenze abzuschieben, damit für den Frieden ein für uns günstiger nationaler Besitzstand geschaffen wird.“<sup>7</sup> Hinter den Wünschen nach einem germanisierten Grenzstreifen standen Ziele und Ansprüche der Schwerindustrie, die mehr und mehr die militärischen und siedlungspolitischen Aspekte bestimmten. Für Besitz und Ausbeutung der polnischen Erz-, Kohle- und Landwirtschaftsgebiete waren sie sogar bereit, auf das Lodzer Industriegebiet – das ihnen genausowenig gehörte – zu „verzichten“.<sup>8</sup>

Grotesk – aber nicht neu – war, daß man für derartige Kriegsziele von Polen auch noch „Soldatenmaterial“ wollte, weil „unsere Erschöpfung sich bekanntlich auf diesem Gebiet zuerst bemerkbar machen dürfte“<sup>9</sup>. Eine erfolgreiche Rekrutenwerbung versprach man sich nun von der Proklamation eines neuen polnischen Staates und der Bildung einer polnischen Armee. General Beseler vertrat bereits im April 1916 in einem Geheimbericht an den Reichskanzler die Meinung, daß die Polen die Abtretung des Grenzstreifens annehmen und den ewigen Verzicht auf die Gebiete als Preis und Dank für die Wiedererrichtung eines polnischen Staates durch Deutschland aussprechen sollten!<sup>10</sup>

Die Polen dachten nicht daran, angesichts der ungeklärten Grenzfrage ihre Haut auch noch freiwillig in einem Krieg, der nicht der ihre war, zum Markte zu tragen. Die intensive Aufklärung der Militärorganisation Pilsudskis, der POW, tat ein übriges. Die Aktion zur Aufstellung polnischer Truppen unter deutschem Kommando scheiterte. Obendrein verweigerte auch noch die Krakauer Legion den Eid auf das neue Königreich Polen. Die Unruhen gegen die Teilungsmächte wuchsen, der Widerstand des polnischen Volkes erhielt Auftrieb. Hinzu kam, daß weder die deutsche Armee noch die spätere deutsche Verwaltung Kongreßpolen als befreites in Zukunft verbündetes Land behandelten, sondern als erobertes Feindesland.<sup>11</sup> Im Juli 1917 wurde Pilsudski verhaftet und auf die Festung Magdeburg gebracht. Deutschland dachte nicht einmal angesichts der sich verschlechternden Kriegslage daran, auf seine „Vorrechte“ zu verzichten. Polen blieb polnischer Rumpfstaat, der kein Völkerrechtssubjekt war.

Rußland hatte aus seiner Sicht mit den verbündeten Ententemächten gegen die Ausrufung der Unabhängigkeit eines Königreiches Polen protestiert, das „russische Gebiete“ umfassen sollte. So warfen sich die einst verbündeten Teilungsmächte Polens die Neuverteilung als Einmischung in „ihre inneren Angelegenheiten“ vor, während sich die politischen Konstellationen längst veränderten.

Die Februar-Revolution in Rußland änderte die Einstellung der Entente Polen gegenüber. Die Unterzeichnung der Deklaration des Petrograder Arbeiter- und Soldatenrates und die Bestätigung der Unabhängigkeit Polens durch die Provisorische Regierung bewirkte, daß auch die Entente den Aufbau eines unabhängigen Polens in ihre Kriegsziele einbezog. Das von Roman Dmowski und Ignaz Paderewski in Paris geleitete Polnische Nationalkomitee wurde als offizielle Vertretung Polens anerkannt. Nach der Oktober-Revolution 1917 bestätigte auch die Sowjetmacht die Unabhängigkeit Polens. Nur das deutsche Militär dachte nicht daran, seine Annexionspläne aufzugeben.

Am 22. Dezember 1917 begannen die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk zwischen Deutschland und Sowjetrußland. Noch einmal zeigte sich mit aller Deutlichkeit die Absicht deutscher Ostexpansionspolitik. Jetzt zielten sie darauf ab, das russische Reich „von Finnland bis zum Schwarzen Meer, von Lappland bis nach Baku aufzulösen“<sup>12</sup>. Die Pläne im Hinblick auf einen unter deutscher Vorherrschaft stehenden polnischen Staat stellten nur einen Teil ihrer Expansionsbestrebungen dar — wenn auch einen wesentlichen. Unter dem Deckmantel, das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ durchsetzen zu wollen, zielte diese Politik auf eine deutsche Vorherrschaft in Litauen, Kurland, Livland, Estland, Finnland und der Ukraine. Diese Gebiete sollten, militärisch abgesichert und politisch entmündigt, deutschen Konzernen zur Ausbeutung überlassen werden. Der „Griff nach der Weltmacht“ mißlang. Die Pläne aber wurden später von Hitler und seinen Militärs wieder aufgegriffen. Hindenburg wollte wenige Monate vor Kriegsende noch Kalisch und Konin in den „Grenzstreifen“ einbeziehen, um „durch deutsche Besiedlung des Grenzstreifens eine zuverlässige Bevölkerung und dadurch einen Wall“ zu schaffen „zwischen dem zukünftigen Königreich Polen und den Polen in Preußen“. Für ihn war der Grenzstreifen „in einem zukünftigen Krieg der Aufmarschraum an der preußischen Ostgrenze“<sup>13</sup>, wie er am 5. Juli 1918 an den Reichskanzler schrieb.

Inzwischen war der Krieg, dem Polen seine Auferstehung verdankte, beendet. Er kostete sieben Millionen Menschen das Leben, 14 Millionen Menschen wurden verwundet. 55 Millionen Männer waren mobilisiert worden. Europa hatte sich verändert. Neue Realitäten waren entstanden. Am 7. Oktober 1918 proklamierte der Regentschaftsrat in Warschau die völlige Unabhängigkeit Polens; am 14. November übergab er die Staatsgewalt an Pilsudski.

Nach 123 Jahren und drei Teilungen wurde in einem Teil Polens die volle Unabhängigkeit wieder hergestellt. Ende Oktober wurde die österreichische Besatzung, am 11. November die deutsche im ehemaligen Kongreß-Polen beendet. Mit Hilfe polnischer Bevölkerung wurden Armee und Gendarmerien der Besatzungsmächte entwapfnet.

Für Deutschland endete der Krieg mit der November-Revolution 1918 und der Ausrufung der Republik. Der Kaiser war geflohen — die Generäle blieben. Es blieben auch die Interessenten an fremdem Boden und Bodenschätzen. So schleppte sich die Republik am Ballast aus Preußens Glanz und Gloria zu Tode. Was überlebte, war der Wille zur Expansion und Revision der in Versailles beschlossenen Grenzen.

Zu Beginn des Ersten Weltkrieges spielte die nationalistische Gruppe Lodzer Deutscher nicht zuletzt deshalb eine besondere Rolle, weil „ihre“ Stadt aus dem Grenzstreifenprojekt des deutschen Kaiserreichs ausgeklammert wurde. Dieses Deutschland wollte zwar eine neue „Provinz Südpreußen“, nicht aber das politische Risiko eines preußisch-polnischen Zentrums. Seit langem hatten nationalistische Lodzer Deutsche versucht, ihren Wunschträumen durch Zusammenschluß in einem politischen Verband nach dem Muster des „Deutschen Ostmarkenvereins“ Nachdruck zu verleihen.<sup>1</sup> Aber alle Pläne zur Gründung eines politischen Vereins waren gescheitert, sie mußten sich damit begnügen, ihren Einfluß auf die deutsche Minderheit über diverse kulturelle Vereine auszuüben.

Vor Ausbruch des Krieges existierten allein in Lodz fünf deutsche Kulturvereine, 16 deutsche Gesangvereine, 12 deutsche Sportvereine, ein Schützenverein und eine Anzahl beruflicher Vereine. Es gab einen Verband deutschsingernder Gesangvereine im Königreich Polen, der 24 Gesangvereine umfaßte. Außerdem wurden zu deutschen Gründungen die Freiwillige Feuerwehr und der Christliche Wohltätigkeitsverein gezählt.<sup>2</sup> Besonderer nationalistischer Beeinflussung unterlag die nachwachsende Generation in Lodz geborener Deutscher im Deutschen Gymnasium Lodz, aus dem nicht wenige hervorgingen, die während des Zweiten Weltkrieges das nazistische Schreckensregime in Lodz vertraten.

Als im Februar 1915 die deutsche Armee in Lodz einmarschierte, beeilte sich die nationalistische Gruppe, der deutschen Reichsleitung die Polen als „den Erbfeind allen Deutschtums“, der „nie und nimmer . . . zu einem Freunde Deutschlands gemacht werden wird“<sup>3</sup> hinzustellen. Sie fürchtete, daß die unter den Bedingungen des Krieges von kaiserlich-deutschen Behörden gemachten Zusagen über „bürgerliche und politische Freiheiten auch den Polen zugute kommen“<sup>4</sup> könnten. Unter zaristischer Oberherrschaft hatten sie ihre Vorzugstellung als „russische Untertanen deutschen Stammes“ gegen Polen und Juden genutzt und sich als Fabrikanten, Kaufleute und Stadtverordnete Schlüsselpositionen erobert. Jetzt befürchteten sie, daß Lodz zum „selbständigen Königreich Polen“ kommen könnte. Sie dagegen wünschten den „Anschluß“ an das Deutsche Reich und die Festsetzung der Grenze „westlich von Warschau“. Hauptsprecher dieser Gruppe war der Zeitungsverleger, Kaufmann und Stadtverordnete Adolf Eichler. Er setzte seine Hoffnungen vor allem auf den neuen Polizeipräsidenten von Oppen, der seit dem Einmarsch deutscher Truppen im Rahmen des „Bürgerkomitees“ die Stadt verwaltete. Mit seiner Hilfe konnte Eichler ab 1. Juli 1915 eine wöchentlich erscheinende „Deutsche Post“ herausgeben, mit der er versuchte, alle Deutschen des Gebietes unter Führung der Gruppe Lodzer Nationalisten zu organisieren, um die Einbeziehung von Lodz in das Grenzstreifenprojekt zu erzwingen.

Dagegen standen allerdings die Interessen der deutschen Schwerindustrie, der es um Erz, Kohle und landwirtschaftliche Gebiete ging. Die oberschlesische Industrie wollte die Kohlefelder des Kreises Bendzin, damit Österreich weiter von Deutschland abhängig und der Eisenexport Oberschlesiens an die russisch-pol-

nischen Eisenhütten in deutscher Hand blieb. Außerdem „brauchte“ sie die Erzvorkommen des Kreises Olkusz. Deshalb empfahl der Chef der deutschen Zivilverwaltung im Generalgouvernement, von Kries, dem Reichskanzler, „auf den Erwerb des Lodzer Industriereviere“ zu verzichten, in der Hoffnung „daß Österreich-Ungarn gegen das Lodzer Industriegebiet und Konzessionen im Kohlengebiet den Kreis Bendzin und den westlichen Teil des Kreises Olkusz preisgeben wird“. In seiner entsprechenden Denkschrift vom 19. Juli 1915<sup>5</sup> heißt es: „Dies wäre namentlich auch im Interesse der oberschlesischen Zinkindustrie ... ferner auch von Vorteil für die preußisch fiskalische Bleihütte in Friedrichshütte, welche bisher die gesamte Produktion der Bleierzgruben von Olkusz durch dritte Hand käuflich erwerben mußte.“ Da man den Österreichern Zugeständnisse machen mußte, schlug von Kries die Überlassung des Lodzer Industriegebietes vor, das „gegenwärtig mit etwa 800 000 Einwohnern unter deutscher Verwaltung steht“. Bedingung dabei sollte sein, daß die Warschau-Wiener Bahn vollständig in deutscher Verwaltung bliebe, die für „die Ausfuhr Oberschlesiens nach Rußland, deren Förderung ein dringendes deutsches Interesse erheischt“, von ausschlaggebender Bedeutung sei. Als politische Gründe führte er an, daß es nicht erwünscht sei, „daß man den Polen ein preußisch-polnisches Zentrum gibt, das ihrem Einfluß in ganz anderem Maße wie in Posen unterstehen würde“. Hinzu käme, daß die Industrie, besonders die Textilindustrie, durch die Annexion in sehr schwierige Verhältnisse käme. Für von Kries und seine Kreise war die Lodzer Textilindustrie „künstlich auf dem unbeschränkten Absatz nach Rußland und den hohen Zöllen gegen Deutschland aufgebaut“ und uninteressant. „Wir haben kein Interesse an ihr, um so weniger, als sie erst durch ein Jahrzehnt mit besonderer Zollbegünstigung seitens Rußlands, die schwer zu erlangen sein würde, an deutsche Verhältnisse gewöhnt werden mußte“, hieß es.

Eichler, dem diese Absichten offenbar nicht unbekannt waren, ließ seinerseits mit Vermittlung des Polizeichefs von Lodz, Mathias von Oppen, und des Generalgouverneurs von Beseler am 9. Dezember 1915 eine Denkschrift<sup>6</sup> an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg überreichen. Sie war von verschiedenen Vorsitzenden der diversen deutschen Vereine, darunter Fabrikbesitzer, Apotheker, Pastor und Direktor, Oberlehrer, Schulvorsteher des Deutschen Gymnasiums, und Stadtverordneten, unterschrieben worden. Ihr Inhalt ist von besonderer Bedeutung bei der Aufklärung über die Rolle, die deutsche nationalistische Kreise auf dem Wege spielten, der von Lodz nach Litzmannstadt führte. In dieser Denkschrift begründeten sie die Forderung, die „deutsche Ostmarkengrenze“ weit nach Osten vorzuschieben, damit, daß die an das deutsche Reich angrenzenden Teile Russisch-Polens eine starke deutsche Bevölkerung hätten.<sup>7</sup> Dabei dachten sie an: Kalisz (Kalisch), Piotrków (Petrikau) – einschließlich Stadt und Gebiet von Lodz – und Plock, und betonten die Notwendigkeit einer „intensiven Kolonisierung durch deutsche Ansiedler“, die nach ihrem Vorschlag aus „anderen Teilen des jetzigen Königreiches Polens“ kommen sollten. Zu diesen „anderen Teilen“ zählten sie unter anderem Wollhynien, Podolien und Bessarabien, wo Deutsche wohnten, deren Vorfahren einmal aus ökonomischen oder politischen Gründen aus Polen nicht nach Deutschland zurück, sondern weiter nach Osten ausgewandert waren. Mit der Einbeziehung der genannten Gebiete wollten sie den „vom Zentrum des Polentums herüber-

strömenden Einfluß paralisieren“ und durch „Stärkung des deutschen Elements im nordwestlichen Grenzgebiet Russisch-Polens“ einen deutschen „Sicherheitsgürtel um die bedrohte deutsche Ostmark legen“<sup>8</sup>. Alle diese Pläne fanden ihre schreckliche Verwirklichung während des Zweiten Weltkrieges.

Anfang 1916 versuchten die Kreise um Eichler, einen „Bund der Deutschen in Polen“ zu gründen, um ihren Anschlußwünschen mehr Gewicht zu verleihen. Aber den extrem-nationalistischen Bestrebungen standen sowohl Kreise der evangelischen Kirche, große Teile der deutschen Einwohner, industrielle Kreise, als auch die deutsche Reichsleitung ablehnend gegenüber. Als Eichler gar in seiner „Deutschen Post“ die Flucht nach vorn antrat, indem er die nationalistischen Forderungen zu offen formulierte, entzog ihm die deutsche Zivilverwaltung ihre Unterstützung. Amtliche Kreise in Warschau und Berlin „fürchteten, in den Ruf zu kommen, in Polen Germanisierungspolitik zu treiben“<sup>9</sup>. Eine Entwicklung, die solange unerwünscht war, wie man um Polens Unterstützung in diesem Krieg bemüht war. Industrielle Kreise in Lodz gingen sogar so weit, einen wirtschaftlichen Boykott gegenüber der Druckerei zu veranlassen, in der die „Deutsche Post“ gedruckt wurde. Die Gründung des „Bundes der Deutschen in Polen“ wurde nicht genehmigt.

Den Nationalisten blieb auch diesmal nur der Umweg über einen „unpolitischen Verein“, der innerhalb des Verwaltungsbezirks erlaubt wurde mit der Auflage, „die politische Zukunft Polens nicht zu diskutieren“<sup>10</sup>. Weder die Intervention des „Schutzherrn“ der Lodzer Deutschen, des „Vereins für das Deutschtum im Ausland“ in Berlin, noch des Generalgouverneurs von Beseler nutzte angesichts der offenen Opposition der deutschen Nationalisten von Lodz gegen die Politik der Deutschen Reichsregierung. Daraufhin bereitete Eichler mit von Oppen die Gründung eines „Deutschen Vereins von Lodz und Umgebung“ vor, der am 5. März 1916 aus der Taufe gehoben wurde. Von ihm sagte von Kries offen, er sei ein Ableger des „Ostmarkenvereins“<sup>11</sup>. Obwohl dies aus taktischen Gründen abgestritten wurde, war bekannt, daß enge Verbindung zu dem prominenten Ostmarkenführer Georg Cleinow bestand. Außerdem gehörten zu den Inspiratoren der bereits erwähnten „Denkschrift“ führende Kräfte des Vereins für das Deutschtum im Ausland und des Alldeutschen Verbandes.

Anläßlich der evangelisch-augsburgischen Synode in Lodz am 18. Oktober 1917 wurde ein weiterer Versuch gemacht, Unterstützung zu erhalten, indem man die Denkschrift als Anhang zu der polemischen Schrift von Fiedler,<sup>12</sup> „Die Deutschen in Polen“, verteilte – wobei die Autoren bewußt unerwähnt blieben. Es hieß lediglich, das Memorandum sei ausgearbeitet von Personen, „die führende Positionen unter den deutschen Einwanderern von Lodz einnehmen“. Es waren die gleichen Personen und Kreise, die versuchten, über die lutherische Kirche ihre nationalistischen Wunschräume unter den Deutschen im russischen Teil Polens zu verbreiten. Dabei hofften sie, ein neues Gesetz durchzubringen, mit dem die ganze lutherische Kirche im Königreich Polen germanisiert werden könnte. Diesem Zweck diente die Vorlage ihrer Beschlüsse auf der Synode am 18. Oktober 1917, in denen unter anderem gefordert wurde, daß die deutsche Sprache die offizielle Sprache der lutherischen Kirche werden sollte; daß nur solche Kandidaten als Pastoren zugelassen werden sollten, die Theologie an einer Universität „mit Studium der deutschen Sprache“ studiert

hatten; daß das Konsistorium von Warschau nach Lodz verlegt werden sollte, wo die örtlichen Nationalisten größere Möglichkeiten gehabt hätten, es zu kontrollieren. Derartige Versuche der Germanisierung trafen allerdings auf die Opposition nicht nur polnischer Mitglieder der lutherischen Kirche, sondern auch solcher Teilnehmer der Synode, die nicht wollten, daß die lutherische Kirche ein Instrument antipolnischer politischer Aktivitäten würde. Das Ergebnis war, daß 102 Teilnehmer der Synode einschließlich 32 der 44 anwesenden Pastoren demonstrativ die Sitzung der Synode verließen, so daß die für eine Abstimmung erforderliche Zweidrittel-Mehrheit nicht erreicht werden konnte.

Bedenken gegen den „Erwerb“ mittelpolnischer Industriegebiete waren sowohl politischer als auch ökonomischer Natur. In Lodz selbst waren die Meinungen geteilt. Der Einfluß nationalistischer Bestrebungen auf deutsche Arbeiter, kleine Händler und Handwerker war zwar vorhanden, aber im Vordergrund stand für sie, wie für die Kaufleute, in erster Linie die Existenzfrage. Sie waren auf den örtlichen und auf den großen russischen Markt angewiesen. Die katastrophale Folge der Trennung der Lodzer Industrie von ihrem natürlichen Hinterland zeigte sich bald nach der Besetzung durch die Deutschen. Alles Schienenmaterial wurde von den Militärbehörden requiriert. Die Lodzer Industrie verfiel der totalen Stagnation. Als die Situation auch später nicht besser wurde, beabsichtigten deutsche Manufakturbesitzer, mit ihren Fabriken nach Rußland auszuwandern, was allerdings durch den Ausbruch der Revolution in Rußland verhindert wurde.<sup>13</sup>